

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitung-Nr. 4158) vierzehntäglich 1.80 M., jährl. 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schöenlaub.

Inserate werden die Sägespaltene Zeitung oder deren Blatt mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Thatsachen beweisen.

* Leipzig, 12. März.

Die gestrige Parteiversammlung der Sozialdemokratie des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises wird auch die, die noch hätten einen Zweifel hegeln können, darüber aufgeklärt haben, weshalb Sinnes die klassenbewusste Arbeiterschaft Leipzigs ist. Die im Pantheon gefassten Beschlüsse, die natürliche Folge der Plagnizie Entscheidungen, beluden mit wünschenswerter Deutlichkeit den Willen der Leipziger Partei.

In dem gegenwärtigen Augenblick bedarf es an dieser Stelle keiner Auseinandersetzung mehr; die Thatsachen sprechen eine beredte Sprache. Nicht unsere Schuld ist es gewesen, daß in die sachliche Erörterung über bedeutsame politische Fragen ein unlediches persönliches Moment hineingespielt worden ist. Wir haben von Anfang an allein der Sache wegen nur objektiv diskutiert; und den Kampf mit anderen Waffen mögen andere führen. Über das ungewöhnliche Vorgehen des Centralorgans haben gestern die Leipziger Arbeiter schlicht und recht ihr Urteil gesprochen. Für uns ist die Diskussion über diese Fragen abgeschlossen.

Wie Draufschlagende sich über die in den Leipziger Genossenkreisen herrschende Meinung trocknadem auch nur eine kurze Weile Täuschungen haben hingeben können, versteht man mag. Dass gestern eine sehr erhebliche Minderheit für die Nichtbestechung der Landesversammlung sich entschied, zeigt sinnesfällig, welche Freiheit die Eintragsauffassung der kleinen Erwagungen und die Vergrößerungspolitik zu zeitigen vermag. Solche sehr lehrreiche Unterströmungen wären unmöglich, hätte die Landtagsfraktion zur rechten Zeit das erlösende Wort gefunden.

Nun wird die Landeskongress beschließen, die Kernfrage verspätet zur Entscheidung gebracht werden. Am 21. März geht der Landtag nach Hause, am 7. April tritt die Landesversammlung zusammen. Doch dem sei wie ihm wolle, an uns wird es nicht fehlen, um die Debatten in Dresden würdig, leidenschaftlos und gründlich zu gestalten. Unsere Hoffnung, daß die Partei in Sachsen die durch die Verhältnisse klar vorgezeichnete Bahn gehen werde, hat sich nicht geschmälerert. Sobald man die Dinge fühlt und fest ins Auge sieht, bleibt eben doch kein anderer Abschluss der Wahlrechtsbewegung, leider gar so spät, als der einmütige Bescheid auf die Mandate, sobald die Vorlage Gesetz wird.

Unsere nächste Aufgabe, ist jene erste drängende gelöst, die Einleitung eines neuen Feldzugs für das Wahlrecht auf

großer Stufenleiter, wird dann mit Thatkraft und Überlegung planmäßig in Angriff genommen werden. Eine Heit des intensiven Kampfes zieht heraus, die die größten Ansprüche an die proletarische Energie, den Opfermut, die raschiose Wirksamkeit der Parteigenossen stellen wird.

Sind die Auseinandersetzungen abgeschlossen, hat ein der Partei würdiger Beschluss den Ausgleich herbeigeführt, hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei objektiv ausgetragen werden, so werden die Gegner, die so gern von „Spaltung“ fabulieren, wo die Geister im ehrlichen Kampfe aufeinander stoßen, zum ach! wievieltemal die bittere Enttäuschung erleben, daß die arbeitende Klasse in unverstörbarer Geschlossenheit die Sache der Freiheit vertritt, als die entschiedene Vertreterin des Klassenkampfes.

Mit fieberhafter Eile wird das Angstprodukt der Schill und Mehnert unter Tuch und Fach gebracht; die Entrichtung der Hunderttausende in einer kurzen Spanne Zeit verbrieft und besiegelt, die erdrückende Mehrheit der Wähler gefährt sein.

Derweil aber der verblendete König der Volksfeinde des Handstreichs sich freut, der fünfundneunzig Prozent der Staatsbücher unter ein Ausnahmegesetz zwängt, derweil die neunmalzugen Staatsmänner der Sächserei die flüchtigen Sekunden ihres Siegesbrausches durchstoßen, ballt sich der Ingrimm der Unterdrückten, der Entrichteten zu jener unüberstehblichen Energie zusammen, der auf die Dauer sein Machwerk der Gewaltspolitik widersteht. In alle Tiefen dringt, der beste Agitator; das neue Wahlgesetz, rüttelt durch die Wucht seiner Beweise die Masse auf, zwingt sie mit eiserner Faust in die Fesseln der Sozialdemokratie und zerstört wie mit Scheidewasser die letzten brüchigen Pfosten und Stützen der alten Herrlichkeit. Da die herrschenden Mächte sich selber das Verderben herausbeschwören, da sie selber die Autoritäten von ihrem Sockel stützen, wen nützen sie?

Schon senken sich die Schatten des Abends auf die bürgerliche Welt, und die Sozialdemokratie schreitet zukünftig fröhlich dem Morgen der Völkerfreiheit entgegen.

Politische Übersicht.

Aus dem Reiche des ungekrönten Königs vom Halberg. Das Volk unterzieht die autokratische Thronreiter des Freiherrn v. Stumm einer erneuten Beleuchtung. Zwei Versuchungen seien neverdung erfolgt, die dem Verbacht, die Behörden zeigten sich den Wünschen des Freiherrn gegenüber allzu nachgiebig, und ließen sich als Werkzeug für die rücksichtslose

Politik desselben gebrauchen, neue Nahrung geben muß. Die Oberlehrer Dr. Görbig und Dr. Dösselkötter sind, wie schon kurz gemeldet, vom Gymnasium in Saarbrücken nach Cleve und Trierbach versetzt. Da beide Herren im Bereich stehen, christlich-sozial zu sein, so war längst bekannt, daß sie in der Konduktion, die die landeswärterliche Fürsorge des ungekrönten Königs auf dem Halberg über ihre Landeskinder führt, „rot“ angestrichen waren. Wir wissen selbstverständlich nicht, weshalb das Provinzial-Schulcollege die Versetzung angeordnet hat. Wenn demselben aber daran liegt, als eine unabdingbare und nur nach den Gesetzen der Gerechtigkeit und Sachlichkeit handelnde Bevölkerung zu gelten, die nach preußischer Tradition die Rechte und die Ehre ihrer Untergaben energisch auch gegen mächtige Gegner schützt, — dann war es zum mindesten höchst unvorstellig, gerade in diesem Zeitpunkt und unter den gegenwärtigen Umständen die genannten Herren zu versetzen, und jenen Kollegen von ihnen, der in seiner „patriotischen“ Freizeit neulich so tatlose Ausfälle auf die Christlich-Sozialen machte, in seiner Stellung zu belassen.

Die beiden versetzten Herren sind nicht in so auffallender Weise in die Öffentlichkeit getreten und haben nicht öffentlich auf so pronomierte Weise Stellung in dem hier tobenden Parteistreit genommen und sich niemals so der allgemeinen Missbilligung ausgezogen, wie jener Herr; trotzdem werden sie verfehlt und dieser bleibt. Minnt man noch die ganze gegenwärtige Lage in unserem Gebiet hinzu, so müsste der Gedanke entstehen, die beiden Herren seien verfehlt, weil Stumm es wollte; der andere sei geblieben, weil sein Aufsteller Herrn v. Stumm gehabt sei. Kein Wunder! Haben doch bereits, ehe die Versetzung den Herren selbst mitgeteilt war, zwei Beamte des Halberger Werkes sie gewußt und besprochen. Darüber, wie Stumm die Versetzung der beiden Herren erreicht habe, gehen natürlich die verschiedensten Gerüchte um. Sie im einzelnen zu erdhören, hat keinen Wert; am häufigsten hört man, die Versetzung sei vom Minister angeordnet worden. Herr v. Stumm ist groß in Dementis. Was hat er nicht schon alles dementiert! Nur schade, daß er so selten Glauben findet. Vielleicht dementiert er auch seine Mitwirkung bei der Versetzung der beiden Herren. Mag sein, daß er direkt nicht eingewirkt, aber wie viele Thüren stehen ihm nicht bei allen Instanzen offen! Jedemfalls entspricht die Versetzung der Politik, welche augenblicklich hier durchgesetzt werden soll, und Stumms Wünschen. Vielleicht hat der vielvermögende Herr vom Halberg nur an geeigneter Stelle seine Auffassung der Lage im Saargebiet mit der ihn zierenden Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, und es bedurfte dann nur des Berichtes einer unteren Verwaltungsbehörde, um die erwünschte, wenn auch nicht ausdrücklich von dem Freiherrn geforderte Versetzung zu erlangen. Nicht viele wissen so gut, verborgene Drähte zu handhaben, wie der vielvermögende Herr v. Stumm.

Seuilleton.

Handbuch verdorben.

Mein Onkel Benjamin.

Von Claude Villier.

Deutsch bearbeitet von Ludwig Pfau.

Bis jetzt war Benjamin nur aufgereggt gewesen. Er trug alle Erfordernisse der Trunkenheit in sich, ohne noch betrunken zu sein. Aber als er Manettens Schänke verließ, packte ihn die Kälte an Kopf und Beinen.

Holla! he! Weißkunz, wo bist du?

Da bin ich ja und halte dich am Frackzipfel. Du hältst mich? Das ist schön, das würde mir Ehre machen, wenn es nicht eine Schmeichelei von dir wäre. Du willst sagen, daß ich im stande bin, meinen Leichnam und den deinstigen zu führen. Zu einer anderen Zeit, ja; aber jetzt bin ich schwach wie ein gewöhnlicher Sterblicher, wenn er zu lange getafelt hat. Ich habe keinen Arm, verlegt; ich fordere dich hiermit auf, mir ihn dazureichen.

Ein anderes Mal, ja, sagte Weißkunz; aber für heute hat's eine kleine Schwierigkeit, ich kann nämlich selber nicht gehen.

Dann hast du die Ehre hintangezettet, du hast die heiligste der Pflichten verletzt; ich hatte Weißkunz auf deinen Arm gelegt, du mußtest dich für uns beide schonen; aber ich verzeihe dir deine Schwäche. Homo sum — das heißt, ich verzeihe dir unter der einen Bedingung, daß du fogleich den Feldhüter und zwei Bauern mit Fackeln holst, die mich nach Clamech zurückbegleiten. Du nimmst den einen Arm des Feldhüters und ich den anderen.

Aber er ist einarmig, der Feldhüter, sagte mein Großvater.

Dann gehört mir der gute Arm; alles was ich für dich thun kann, ist, daß ich dir erlaube, dich an meinem Kopfe zu halten; und du wirst Achtung geben, daß du mir das Band nicht losmachst. Falls dir das genehmier ist, kannst du auf dem Budel nach Hause reisen.

Meine Herren, sagte der Sergeant, warum das so weit suchen, was ganz nahe ist? Ich habe zwei gute Arme, welche die Augen glücklicherweise verschont hat, die stelle ich Ihnen zur Verfügung.

Ihr seid ein wackerer Mann, Sergeant, sagte mein Onkel, indem er den rechten Arm des alten Soldaten nahm. Ein vorzüllicher Mann, sagte mein Großvater, indem er den linken Arm nahm.

Ich nehme Euer Fortkommen auf mich, Sergeant. Und ich auch, Sergeant, ich nehme es auf mich, obwohl ich um die Wahrheit zu sagen, in diesem Augenblick genug mit meinem eigenen zu thun habe.

Ich lehre Euch das Fahnausreihen, Sergeant.

Ich werde Euren Budel zum Preßbüttel ausbilden.

In drei Monaten seid Ihr im stande, auf den Märkten umherzuziehen.

In drei Monaten kann Euer Budel, wenn er sich gut hält, fünfzehn Groschen des Tags verdienen.

Der Sergeant wird an dir seine Lehre machen, Weißkunz. Du hast etlich alte, ganz verbrockte Stummeln; wir werden dir alle zwei Tage einen ausziehen, um dich nicht zu sehr zu ermüden; und wenn wir mit den Stummeln fertig sind, reißen wir dir die guten aus.

Und ich werde meinen Presser bei deinen Gläubigern in den Dienst thun, du schlechter Bahler! und ich will dich im voraus über die Pflichten belehren, die du gegen ihn

zu beobachten hast. Du hast ihm morgens Brot und Käse, oder je nach der Jahreszeit einen Büschel Radieschen zu verabreichen; mittags Suppe und Kindfleisch und abends Braten und Salat; an die Stelle des Salats kann ein Gläschen Braunitwein treten. Du forst dafür, daß er unter deinen Händen nicht abmagert; denn nichts macht einem Soldner mehr Ehre, als ein wohlgenährter Presser. Seinerseits muß er sich anständig gegen dich aufführen; er hat nicht das Recht, dich in deinen Beschäftigungen zu stören, Klarinetten zu spielen oder Horn zu blasen.

Einstweilen biete ich dem Sergeanten ein Nachtlager im Hause an. Du hast nichts dagegen, Weißkunz, nicht wahr?

Ich gerade nicht, aber ich fürchte sehr, deine teure Schwester möchte anderer Meinung sein.

Wenn das ist, meine Herren, verstehen wir uns! sagte der Sergeant. Seien Sie mich seiner Bekleidung aus, denn ich muß Ihnen bemerklich machen, daß mir der eine oder der andere dafür einzustehen hätte.

Seid ruhig, Sergeant, sagte mein Onkel; sollte übrigens der Fall eintreten, so hättet Ihr Euch an mich zu halten, denn Weißkunz weiß sich nur zu schlagen, wenn ihm sein Gegner die Klinke lädt und die Scheide behält.

Während solchen Gesprächs kamen sie bei der Haushälterin an. Mein Großvater beeilte sich nicht, zuerst einzutreten, und mein Onkel wollte nur nach ihm hineingehen. Um die Sache auszugleichen, traten sie beide auf einmal ein, wobei sie einander stießen wie zwei Schläuche, die man an der Spitze eines Stockes trägt. Der Sergeant und der Budel, bei dessen Eintritt die Klaviere brummte wie eine Königin, bildeten die Nachhut.

Meine teure Schwester, sagte Benjamin, ich habe die Ehre, Ihr einen Lehrling der Chirurgie vorzustellen und einen —

Deutsches Reich.

Civilisation in Afrika.

Ein in dem Blatte *La Politique Coloniale* (Die Kolonialpolitik) veröffentlichtes Schreiben des französischen Parlamentsmitgliedes Eduard Guillame, der den Beamten und Offizieren in Französisch-Westafrika unzweideutig Sklavenraub und Sklavenhandel vorwirft. Der französische Abgeordnete erzählt: „Es ist Thatache, daß die französischen Beamten und Offiziere „entsprechend der landessüblichen Sitte“ als „Kriegsbeute“ die Einwohner der erobernden und geplünderten Dörfer in Besitz nehmen und dann nach beendetem Kriegszug an der Küste und vor ihrer Rückkehr nach Frankreich diese erbeuteten Slaven an ihre Diener, Stallnichte, ja sogar an ihre Pferde und ihre Frauen in Zahlung geben! Bei der Einnahme von Bossa im Juli 1894 sei eine vollständige Slavenrazzia veranstaltet worden zu dem Zwecke, die Kriegskosten, sogar den Sold an die Fremdenlegionäre damit zu decken! Und noch mehr: weil infolge dieser wütsten französischen Slavenjagden am Senegal und im Sudan seit zwei Jahren die Aussicht auf Slavenbeute sehr geschwunden sei, könne man nicht mehr eine genügende Zahl von „eingeborenen Schülern“ für die Heeresdienste der Kolonie; denn „die einzige wertvolle Nennung“ — Slaven und Slavenweiber — „die solideste Rente des Afrikaners“ — könne nicht mehr beschafft werden.“

Die Christliche Welt knüpft daran Betrachtungen, wie es denn nun in den deutschen Kolonialgebieten mit der Civilisation bestellt sei, und kommt zu dem Schluss, daß, wenn auch Sklavenraub und Sklavenhandel in den deutschen Kolonien so ziemlich beseitigt sind, doch noch recht schreende Missstände bestehen, für die die Fäule Leist und Wehlan nur Symptome sind. Sie berichtet darüber: „Es ist Thatache, daß in Ostafrika der Sklavenhandel, aus der unmittelbaren Nachbarschaft der deutschen Küstenstation noch lebhaft nach Pemba und Zanzibar hinüber betrieben wird; mindestens 5000 bis 6000 Slaven werden jährlich dort verschifft! Ferner ist es Thatache, daß Sklavenhändler die ostafrikanische Dampferlinie sogar zur Slavenausfuhr benützen, indem sie frank und frei Fahrscheine für alle ihre Slaven benützen, um sie nach anderen Orten zu bringen. Es ist Thatache, daß deutsche Angestellte zur Besiedlung ihrer Lust-Sklavenfrauen in ihren Besitz bringen, die sie dann für die Zeit ihres Dorfseins als ihre „Frauen“ haben und nach ihrem Weggange in Besitz anderer „übergehen“ lassen.“ Die Christliche Welt beschuldigt ferner auch die katholischen Missionen direkt des Slavenrauszes zum Zwecke der Missionserziehung; im Bismarck-Archipel überfielen die Eingeborenen lediglich deshalb in nächtlichen Raub- und Überzeugen die Nachbardörfer, um die erbeuteten Kinder der katholischen Mission zum Slavenlauf anzubieten; Vogamohr sei auch nur eine große Slavenhaltung unter christlicher Kulturstage, „los“ gefaßte Slaventinder bildeten die Hauptmasse der Missionangehörigen. Das ist die civilisatorische Seite der europäischen Kolonialpolitik.

* Berlin, 12. März. Der Reichstag hat gestern die zweite Lesung der Gewerbeordnungsnovelle beendet. Die Rechte, das Centrum, die Nationalliberalen haben die schlechte Vorlage noch mehr verbalhornt.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe, der auch Bergwerksminister ist, Herr von Berlepsch, hat das Oberbergamt in Breslau aus Anlaß des Grubenbrandes auf Cleophausgrube bei Katowitz beauftragt, nachstehende Bekanntmachung zur Kenntnis der beteiligten Kreise zu bringen: „In die tiefe Trauer, welche durch die Größe des am 3. d. M. auf der Cleophausgrube bei Katowitz vorgekommenen Grubenunglücks in allen Kreisen der Bevölkerung erregt worden ist und in die schmerzhafte Teilnahme, die von allen Seiten den Familien der verunglückten braven Bergleute entgegengebracht wird, dringt trostvoll die Nachricht von der todesmütligen Hilfe, die bei dem Rettungswerk geleistet worden ist. Allen Beamten und Mannschaften der so schwer heimgesuchten Grube und der benachbarten Kohlenbergwerke, welche sich an den anstrengenden und mit äußerster Lebensgefahr verknüpften Rettungsarbeiten in so überaus hingebender und aufopferungsvoller Thätigkeit beteiligt haben, spreche ich meine ungeteilte Anerkennung und wärmtsten Dank aus.“ Ein guter Knappenstich und eine durchgreifende Berginspektion sind nötiger als diese schönen Worte. Aber die Grubenleute harren darauf vergebens. Und wie steht es mit Maßregeln zur Verhütung solcher Katastrophen? ! ? ?

Dem Redakteur eines Berliner antisemitischen Blattes ist

Benjamin schwatz dir Dummheiten vor, unterbrach mein Großvater, hörte nicht auf ihn. Der Herr ist ein Soldat, den man uns ins Quartier schickt, und den wir an der Thüre tragen.

Meine Großmutter war eine gute Frau, aber ein klein wenig Drache; sie glaubte, lautes Schreien mache sie größer. Sie hatte gute Lust, sich in Born zu sezen, und ihre Lust war um so stärker, als sie einiges Recht dazu hatte; aber sie that sich etwas auf ihre Lebensart zu gut, in Anbetracht, daß sie von einer Juristenfamilie abstammte, und die Unwesenheit des Fremden hielt sie zurück.

Sie bot dem Sergeanten ein Nachessen an. Nachdem dieser gedankt hatte — und aus Gründen — ließ sie ihn durch eines ihrer Kinder ins nächste Wirtshaus führen mit der Anweisung, ihm morgen ein Frühstück zu geben, ehe er weiter marschiere.

Mein Großvater bog immer wie ein Rohr, der brave und friedliebende Mann, wenn ein Unwetter am hellen Himmel aufzog. Was bis auf einen gewissen Grad diese seine Schwäche entschuldigen kann, ist der Umstand, daß er immer Unrecht hatte. Er sah die Wolken sich zusammenziehen auf der gesalzten Stirne seiner Frau, und der Sergeant war noch auf der Thürschwelle, als der wackere Ehemann bereits das Bett gewonnen hatte, in das er sich hineinschob so gut es ging.

Was Benjamin betrifft, so war er einer solchen Feigheit unsfähig. Eine Predigt in fünf Punkten wie eine Partie Skat hätte ihn seine Minute vor seiner Stunde zu Bett gebracht. Er wollte wohl, daß seine Schwester ihn tanke, aber er konnte sich nie dazu verstehen sie zu fürchten. Er erwartete den Ausbruch des Sturmes mit der Gleichgültigkeit eines Felsenritters; die Hände in den Taschen, den Rücken ans Klamin gelehnt, summte er zwischen den Zähnen:

auf den Antrag der Staatsanwaltschaft durch das lgl. Amtsgericht I eine Strafe von 30 Mark event. sechs Tagen Haft auferlegt werden, weil er in einem Artikel davon gewornt hatte, Fleisch von jüdischen Schlächtern zu kaufen. In dem Strafbefehl heißt es: „Durch diese Veröffentlichung haben Sie der Verübung großen Nutzens sich schuldig gemacht, indem diese geeignet erscheint, nicht nur die jüdischen Schlächter in ihrem Gewerbebetrieb zu beeinträchtigen, sondern auch dasjenige Publikum, welches bei jüdischen Schlächtern zu kaufen pflegt, zu beunruhigen.“ So scharfe Gegner der Rassen- und Glaubensfreiheit wie auch sind, diese Auslegung des elastischen Grobvertragsparagraphen ist unseres Erachtens ebensowenig zulässig, wie so viele andere Auslegungskünste unserer Juristen.

Der bekannte Dr. Friedrich Lauge, früher antisemitischer Chefredakteur der Täglichen Rundschau in Berlin, giebt vom 1. April ab ein neues Organ, die Deutsche Zeitung, heraus. Er will die „besten“ Mitarbeiter der Täglichen Rundschau für sein neues Blatt gewonnen haben. Der Konkurrenzkampf kann also losgehen. —

Der Antikapitaliervbund des Großkapitals und der Großindustrie wird nun gestiftet. Eine Versammlung großer Kaufleute und Industrieller aus den verschiedensten Teilen Deutschlands unter Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Herr in Berlin beschloß, nach Ansprachen der Herren Michel-Berlin, Weigert-Berlin, Büttmann-Bremen und Ludwig Bamberger die Gründung eines Schutzverbandes gegen agrarische Übergriffe. Nach Ansprachen soll die neue Vereinigung „nicht eine einseitige Interessenvertretung sein, sondern sich an alle Gewerbs- und Berufskreise wenden, die in der agrarischen Interessenpolitik eine Gefahr für das deutsche Volkswohl sehen.“ Ein Komitee von 18 Mitgliedern wurde eingesetzt zur Organisation des Schutzverbandes in ganz Deutschland. Dem Bunde der Landwirte, dem Agrarkapital stellt sich das mobile Kapital entgegen. Uns kann das recht sein. —

Die Zuckersteuerkommission des Reichstags hat gestern den Antrag Puttkamer-Plauth (Erhöhung des Kontingents auf 17 Millionen Doppelpcentner) mit 13 gegen 7 Stimmen (Müller-Hulda und Wattendorf vom Centrum, Sozialdemokraten und Freisinnige) angenommen und mit dieser Änderung den Absatz des § 80. Bei der Abstimmung befanden sich jedoch die Abgeordneten von Staudy (cons.) und von Kommerzienrat (pole) mit den Sozialdemokraten und den Freisinnigen in der Minderheit, während das Centrum geschlossen für den Absatz mit dem Antrage des Abg. Puttkamer stimmte. Die Gewerkschäfer wurde abgeschlagn. —

Wie dem Hamburgischen Korrespondenten gemeldet wird, hat der Bundesrat den beantragten Querbrachozoll einstimmig abgelehnt. Das wäre sehr verständig.

Stralsburg, 11. März. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses beantragte der Unterstaatssekretär v. Schraut im Auftrage des Statthalters einen außerordentlichen Kredit von 100 000 M. angeblich des in den letzten Tagen durch das Hochwasser entstandenen Schadens. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Großbritannien.

Dr. Jameson vor Gericht. Seine Vorgeschichte und Zeichnungen zu Cecil Rhodes.

S London, 10. März. Die Verhandlungen vor dem Polizeirichter Sir John Bridge gegen Dr. Jameson und seine 14 Spießgesellen werden wohl diese Woche geschlossen werden. Bekannt geht die Regierung gegen die Angeklagten unter dem Werthegeley (foreign enlistment act) vor, das kriegerische Unternehmen gegen befrempte Staaten strohbar macht, bis zu zwei Jahren Gefängnis. Der die gerichtliche Verfolgung leitende Staatsanwalt hat es nicht leicht gefunden, Belastungsgesagen aufzutreiben. Man sandte belämmlich Frötz, den Geheimpolizisten ab, der den Dampfer Harlech Castle in Malta beläuft, der die Soldaten des Dr. Jameson nach Plymouth brachte. Seine Aufgabe war, von ihnen für den Doctor gravierende Aussagen zu erhalten; aber es war aus den Bürchen nichts herauszuholen, als daß sie den Befehlen ihrer Obers folge geleistet hätten: ein junges Bürschchen von 19 Jahren behauptete sogar, er habe von kriegerischen Absichten keine Idee gehabt, bis die Engländer den Buren ihnen um die Köpfe schlugen. Allerdings hat die Regierung einige Beamte aufstreben können, die vor Jamesons Abmarsch von Masfeling mit diesem in Verkehr standen. Im übrigen verläßt sich der Staatsanwalt auf die von Sir Hercules Robinson, Jacobus de Wet und den sonstigen Agenten der britischen Regierung in Südafrika gesandten Berichte. Jammerschade ist es, daß man nicht den geistigen Urheber der „Jamesonade“, das Haupt der Kapitalistenbande in Südafrika, mit vor Gericht zur Verantwortung ziehen kann. Cecil Rhodes lernte Jameson in Kimberley kennen, wo sich die weltberühmten Diamantengruben befinden und wo Jameson als Arzt praktizierte. Er galt damals als ein ruhiger, respektabler Mann, der sich einer guten Reputation als Heilfunkler erfreute und sich gesellschaftlich von öffentlichen Versammlungen fernhielt, wo viele seiner Kollegen das große Wort führten. C. Rhodes spielte damals in Kimberley eine große Rolle; er hatte das riesige Monopol der De Beers Company geschaffen und während einer Krankheit ließ er Dr. Jameson kommen. Der schweigsame, fast verschlossene Arzt gefiel ihm: sie wurden intime Freunde, oder genauer, der schlaue, rücksichtslose Gewaltmensch Rhodes fand in dem ruhigen Arzt ein gefügiges Werkzeug; als solches erwies er sich schon im Krieg gegen die Matabili-Neger. Die Mitglieder der „besten Kreise“ streiten sich um Eintrittskarten zu den Verhandlungen in dem Bowstreet-Polizeigericht.

London, 11. März. Chamberlain ernannte den Oberst Sir Richard Martin zum Generalkommandanten der Polizei von Betschuanaland, Matoboland und Mashonaland. Sir Martin wird zugleich als Kommissar unter dem Oberkommissar von Südafrika abgeordnet und allein der englischen Regierung verantwortlich sein. Sir Martin wird am 4. April abreisen.

Nordamerika.

Washington, 11. März. Die Beratung über den vor dem gemischten Ausschuß des Senats und Repräsentantenhauses angenommenen Beschlusstantrag, betr. die Anerkennung der cubanischen Aufständischen als kriegsführende Macht, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es wird also zum Rückzuge geblossen.

Sächsischer Landtag.

(59. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)
(Schluß.)

Dresden, 10. März.

Minister des Innern v. Meissner: Es ist zur parlamentarischen Uebung geworden, daß die Sozialdemokraten dem Ministerium bei diesem Kapitel kein Sonderregister vorhalten. Ich will den Sozialdemokraten das Recht zur Beschwerde nicht beschneiden, wir können aber unmöglich in der Lage sein, über solche Spezialitäten, wie sie Laden vorgebracht, Auskunft zu geben. Ich will darauf eingehen, so weit es möglich ist. Einzelne Fälle können ja noch zum Gegenstand einer besonderen Beschwerde gemacht werden. Laden hat die Verbotsgründe selbst angegeben, die die Behörden bei den Versammlungen über die 42er Petition leiteten. Das Ministerium, das hier lediglich als Kassationsinstanz in Frage kommt, ist aber nicht in der Lage, zu konstatieren, daß die angegriffenen Maßnahmen gegen klares Recht getroffen worden seien, es muß also die Beschwerden schon aus rein formellen Gründen zurückweisen. Das Ministerium ist für derartige Fälle keine rechtsprechende Instanz — das sind die Stadträte und Kreishauptmannschaften; das Ministerium hat sich einer materiellen Einwirkung zu enthalten. Es wird verlangt, das Ministerium solle durch seinen Entschluß Einsicht über auf die Unterbehörden, es hätte Verfügungen außer Kraft setzen müssen — wenn das Ministerium aber dieses gethan hätte, wäre dies eine Überschreitung seiner Befugnisse gewesen. Wenn Laden gerügt hat, daß die Vorlesung eines Landtagsberichts untersagt worden ist, so kann die Befugnis des Beamten dazu ja zweckmäßig sein, aber aus dem Umstande, daß er es gethan, geht noch keine Rechtsverletzung hervor. Laden hat überall das Ministerium angegriffen, aber daß dieses den Bürgermeister von Penig reformiert hat, hat er verschwiegen — das ist charakteristisch für die Kampfsweise der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts.) Laden hat mir zweierlei Maß vorgeworfen — das ist nicht der Fall, ich werde die Sozialdemokraten aber wohl nicht vom Gegenteil überzeugen. Die Bezirksschulinspektionen fragen an, ob nicht die Belehrung von Kindern an Festen der Erwachsenen einzufränen sei. Die Ausführungsverordnung zum Schulgesetz gibt den Behörden das Recht, die Schuldisziplin auch außerhalb der Schule zu pflegen, und dieses Recht erstreckt sich auch dadurch, daß der Besuch von Schänkstätten und Tanzelbststungen unterlag werden kann. Anderes ist nicht ausgesprochen. Wenn die fiktive Erziehung der Jugend ernst ist, muß dem zustimmen. (Fräsdorf: Dresden-Dreßler.) Der Präsident erläßt ihm dafür einen Ordnungsantrag. Das Ministerium ist in allen Fällen der Überzeugung, daß bei Auflösung der Gesangvereine die Behörden nicht gegen klares Recht gehandelt haben. Diese Gesangvereine sind nur Glieder der großen sozialdemokratischen Organisation. Der Vorwärts hat sie selbst als Vereine bezeichnet, in welchen die Agitation in geeigneter Weise vertrieben werden könne. Laden hat ungeheure Bissens über Verbote und Auflösungen gebracht. Vergegenwärtigt man sich aber, wie viele Versammlungen überhaupt abgehalten werden, so fällt die Bedeutung dieser Zahlen ganz wesentlich. Vielleicht steht uns

du diesen Hieb? Diesmal hastest du die Klinge samt der Scheide und kannst nicht sagen, daß die Waffen ungleich waren.

Ach! Beifürz, freilich waren sie's; um sie gleich zu machen, hätte ich die Achsenhaufen haben müssen. Gleichviel! deine Frau — denn ich kann nicht mehr sagen, meine liebre Schwester — verdient eine Feuerzange an der Seite zu tragen. Mit einer Bange würde sie Schlachten gewinnen. Ich bin besiegt, ich gestehe es, und ich muß mich dem Gesetze des Siegers unterwerfen. Nun denn! wir sind nicht bis nach Corval gegangen, wir sind bei Manett geblieben. Immer bei Manett, eine verheiratete Frau! Schämst du dich nicht, Benjamin, über eine solche Aufführung?

Schämen! und warum, teure Schwester? Sollte man bei einer Witwe nicht mehr schlüssigen können, sobald sie verheiratet ist? So sehe ich die Sache nicht an; für einen wahren Philosophen hat die Kniepe kein Geschlecht, nicht wahr, Beifürz?

Ich soll sie nur auf dem Markte treffen, ich werd' sie traktieren, das Weibsbild, wie sie's verdient.

Teure Schwester, wenn du Manett auf dem Markte siehst, kauf ihr Rahmkäse ab, so viel du willst; aber wenn du sie beleidigt —

Nun! und wenn ich sie beleidigte, was würdest du thun?

Ich würde dich verlassen, ich würde nach den Kolonien gehen, und ich würde Beifürz mitnehmen; das lasst dir gesagt sein.

Meine Großmutter begriff, daß all ihr Born zu nichts führe, und sie fasste sogleich ihren Entschluß.

Du wirst es machen wie dieser Sausaus, der in seinem Bett liegt, sagt sie, du hast das Liegen so nötig wie er. Aber morgen werd' ich dich zu Herrn Mingit begleiten, dann wollen wir sehen, ob du unterwegs bleibst.

Mironton, mironton, mirontane, summte Benjamin, indem er zu Bette gina.

(Fortsetzung folgt)

Malbrough zieht aus zu kriegen,
Mironton, mironton, mirontane!
Malbrough zieht aus zu kriegen,
Wer weiß, ob er wiederum kommt.

Meine Großmutter hatte kaum den Sergeanten begleitet, als sie, ungeduldig, die Feindseligkeiten zu beginnen, vor Benjamin hinkrat.

Nun! Benjamin, bist du zufrieden mit deinem Tag, gefällt du dir so, soll ich dir eine Flasche Weinholen? Dank, liebe Schwester. Mein Tag ist zu Ende, wie du treffend bemerkst.

Ein sauberer Tag, in der That; es brauchte viele wie diesen, um deine Schulden zu zahlen. Bleib die wenigstens noch so viel Vernunft, daß du mir sagen kannst, wie euch Herr Mingit empfangen hat?

Mironton, mironton, mirontane, teure Schwester, machte Benjamin.

Sol mironton, mironton, mirontane, rief meine Großmutter, wart! ich will dir geben mironton, mirontane; und sie griff nach der Feuerzange. Mein Onkel trat drei Schritte zurück und zog seinen Degen.

Teure Schwester, sagte er, indem er sich in Positur setzte, ich mache dich verantwortlich für all das Blut, das hier vergossen werden wird.

Meine Großmutter jedoch, obwohl sie von einer Kuh abstammte, hatte keine Angst vor einem Degen; sie gab ihrem Bruder einen Schlag mit der Feuerzange, der ihn auf den Daumen traf, daß er die Klinge fallen ließ. Benjamin hüpfte im Zimmer herum und drückte mit der linken Hand seinen beschädigten Daumen. Mein Großvater, wenn er gleich einer der besten Menschen war, erstickte fast vor Lachen unter seiner Decke. Er konnte sich nicht enthalten zu meinem Onkel zu sagen: Nun! wie findet

Kaben auch hierüber einmal eine Statistik. In der Stadt Dresden wurden im Jahre 1894 782 öffentliche Versammlungen, 824 Vereinsversammlungen und 184 Vorträge gehalten. Von diesen über 1200 Versammlungen im Jahre 1894 wurden nur 25 aufgelöst, 1895 waren nur 16 und im laufenden Jahre bisher nur drei Auflösungen vor. Kaben hat sich auf ein Wort von mir bezogen, das schon Goldstein einmal citiert hat. Vor dem Gesetz sind allerdings alle gleich und es sind nur diejenigen stärker anzusehen, die sich mit dem Gesetz in Widerspruch setzen. So wird es auch von wohlmeinenden Behörden verstanden. (Bravo! rechts.)

Abg. Jähnel (cons.): ist gegen einen Verwaltungsgerichtshof und wendet sich dann gegen die Sozialdemokratie.

Abg. Heidler (cons.): Kaben hat alle diese Fälle gewaltsam zusammengetragen. Ich mache keinen Unterschied zwischen herrschenden und beherrschten Klassen, nur zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird nicht aus der Welt kommen. (Burkhardt links: Warum denn nicht? Große Heiterkeit.) Kaben hat südlich von obdachlosen Rittergutsbesitzern gesprochen — deren gibt es genug. (Hofmann: Hämmerle! Schorlemmer! Der Präsident ruft ihn zur Ordnung.) Die Notlage der Landwirtschaft (Burkhardt links: Spären die Rittergutsbesitzer am meisten) ist allseitig erkannt, nur von den Sozialdemokraten nicht.

Abg. Geyer (soz.): Die Beschwerden sollen aus "formalen" Gründen zurückgewiesen sein, kann denn aber das Ministerium nicht verhindern, daß immer mehr Beschwerden kommen statt weniger?

Es fehlt eben die Direktive. Das Verbot der Vorlesung von Landtagsberichten hat der Minister selbst für zwecklos erklärt,

aber trotzdem wird der Beamte nicht rechtfertigt. Der Minister müßte eben bestimmt erklären, daß ein solches Verfahren unzulässig sei, selbst gegenüber Stellen, die mit einem Ordnungsruf bedroht werden.

Bei der Vogelweise, den Schulen etc. erfolgt kein Verbot, obwohl die Arbeitervierte bezüglich ihrer Stützlichkeit zu hoch über den Festen der Bourgeoisie stehen. Sie wollen durch dieses Fernhalten die Kinder schützen vor sozialistischen Einflüssen, wenn aber die Eltern bereits Sozialdemokraten sind, können Sie die sozialistische Erziehung doch nicht hindern — die Verbote sind also wirkungslos.

Sie erscheinen nur als eine gewisse Schikane, um die Arbeiter in ihrem Vergnügen zu stören. (Der Präsident rügt den Ausdruck "Schikane".)

Im Reichstag wird ein Reichsvereinsgebet geplant. Wir können es nur begrüßen, wenn Sachsen wieder ein Stück seiner politischen Freiheit zurückgewinnt.

Wir begrüßen es, obwohl wir keine Sympathien für ein Vereinsgesetz haben. Deutschland hat bereits drei Staaten ohne ein solches, und es verzieht sich dort alles viel besser, leichter, klarer, anständiger als bei uns. Man braucht nicht so viel Polizei und spart dadurch Geld.

Bei den Unterbehörden mangelt die Disciplin, sonst hätten sie nicht in der Wahlrechtsfrage so auftreten können. In Grünau war die Tagesordnung nicht provozierend, trotzdem hat sich der Bürgermeister nicht gelämmert um den Wunsch des Ministers.

Das fällt nicht bloß in Sachsen, sondern allenthalts auf, deshalb werden außerhalb Sachsen's alle Maßnahmen der Regierung und Behörden verspottet, weil man weiß, daß hier Dinge geschahen, die wo anders nicht möglich wären.

Und eine solche Politik besteht

erst unter dem Ministerium Meißch! (Heiterkeit.) Wir haben uns unter Nossitz-Wallwitz zu beklagen gehabt über seine Härte, aber es herrscht nicht solche Disciplinlosigkeit. Die Spalte gegen uns wird doch abgebrochen, wenn alle Maßnahmen den Stempel der Lächerlichkeit tragen.

Abg. Seifert (soz.) bespricht die Auflösung eines Gefangenvereins in Bölkau wegen seiner Teilnahme am Grünauer Sängertag.

Abg. Kaben erklärt in persönlicher Beantwortung, daß er die Reformierung des Bürgermeisters zu Pentsch nicht verschwiegen, sondern von der Sache keine Kenntnis gehabt habe.

Referent Abg. Mehnert (als Schluswort): Die Dinge, die die Sozialdemokratie bei diesem Kapitel vorzubringen pflegen, ziehen nicht mehr so recht, weil sie häufig nur zum geringen Teil wahr sind. Ein Beweis ist die schwache Bezeichnung des Tribüne. (Kaben: Weil Polizisten oben sitzen.) Ich kann dem Abg. Kaben zeigen, daß dort oben Gnaden- und Geheimpolizisten in trauter Eintracht dicht bei einander sitzen — die lassen sich also nicht abschreiten; die üblichen Landtagsstudenten fehlen. Gerade der Fall Blüthgen in Potsdam ist doch ein Beweis, wie gleichmäßig Sozialdemokratie und andere Parteien behandelt werden. Ich widerstreite ganz entschieden, daß bei patriotischen Festen ein rüder Ton herrscht. (Fräsdorf: Vogelweise!) Er erhält den zweiten Ordnungsruf. Der Präsident bedauert: wiederum, daß er keine größeren Machtmittel hat. Die Sozialdemokratie meidet in solche Festlichkeiten, können also gar nicht darüber reden, gar nicht fühlen, welche lodernde Begeisterung ein patriotisches Herz durchsetzt. Der Ton auf der Vogelweise ist besser geworden. (Burkhardt links: Weil Sie ihr vorstellen!) Das glaube ich nicht, aber die Polizei trifft geeignete Maßnahmen. Die Sozialdemokratie können den Staat nicht schnell genug bestimmen, und wollen doch mit zartesten Rücksicht behandeln sein — das verträgt sich nicht. Wir haben das volle Vertrauen zum Minister, weil er dem Umsturz so energisch entgegen tritt. (Huhu links!) Seine Maßnahmen tragen nicht zur Verstopfung Sachsen's im Auslande bei — Sie freilich thun alles mögliche dazu. Das Ausland bereichert uns, daß wir in der Wahlrechtsfrage so fest waren. Das Ministerium Meißch ist auf der richtigen Bahn, und ich hoffe, daß es sich durch keinen Angriff davon abhalten läßt, unentwegt weiterzuschreiten.

Abg. Geyer beantragt getrennte Abstimmung unter Einnahmen und Ausgaben, ebenso über Titel 4 dieses Kapitels, Ministergehalt betreffend. (Großer Gelächter rechts.) Die Einnahme wird einstimmig, das Ministergehalt gegen 14 (soz.) Stimmen, der Rest der Ausgaben wieder einstimmig bewilligt.

Kap. 43. Kreishauptmannschaften. Einnahmen 70915 Mt., Ausgaben 504 780 Mt., außerdem 78 600 Mt. zur Beschaffung einer Dienstwohnung für den Kreishauptmann zu Bauen.

Abg. Birkau (soz.): Zwei Gemeinderatsmitglieder von Görlitz sind bestraft worden. Sie kamen von einem Vergnügen, als ihnen gestattet wurde, auf der Straße liege ein frischer Mann; man sollte ihm helfen, ehe er sterbe, damit der Gemeinde nicht noch große Kosten erwölken. Sie suchten den Gemeindevorstand, fanden ihn aber nicht. Mittlerweile erfuhrn sie, der Mann sei ins Armenhaus gebracht worden. Der Hausmann desselben hat ihnen auf ihren Wunsch die Thür geöffnet, um den Kranken zu sehen. Sie traten später den Gendarmen Böhme und teilten ihm die Sache mit, erfuhren aber von diesem, daß der Mann Arrestant sei. Sie haben sofort gefragt, daß sie dies nicht gewußt hätten, sonst würden sie nicht gefordert haben, den Mann zu sehen. Sie wurden dafür mit 100 bez. 150 Mt. bestraft. Sie sind nur auf Veranlassung der Einwohner dorthin gegangen, haben von der Sache selbst gar nichts gewußt — und nun eine solche Strafe! In Görlitz ist die Entzückung darüber allgemein. Wenn sie auch juristisch vielleicht ihre Beschlüsse überschritten haben — weshalb denn gleich die höchste Strafe? Alle Beschwerden sind zurückgewiesen worden; es wurde nur der Hausmann, nicht aber die Bürger, Polizisten und Gendarmen vernommen. Auch das Ministerium hat sich ablehnend verhalten. Die Berurteilten haben alles verneint, gerichtlich festzustellen, daß die Aussage des Hausmanns unrichtig ist. Sie haben in öffentlicher Versammlung diesen Beamten als Lügner bezeichnet, um Verklage zu werden und dadurch ihre Unschuld zu erweisen, aber nichts ist geschehen. Entweder muß doch gegen die beiden Leute wegen Beamtenbedeutung eingeschritten werden oder wenn die Bezeichnung "Lügner" richtig ist, muß die Sache noch einmal untersucht werden.

Minister des Innern v. Meißch: Wenn der Fall zeitiger zu meiner Kenntnis gekommen wäre, hätte ich vielleicht Aukunfts geben können. Die Beleidigung des Beamten geht das Ministerium nichts an; das ist Privatsache.

Abg. Birkau: Ich habe die Sache nur angeregt, weil die Leute nicht zu ihrem Recht gekommen sind.

Abg. Oppitz (cons.): Das Ministerium ist in eine Schwanglage

gebracht; das sollte vermieden werden. Wenn dem Direktorium solche Anfragen vorher mitgeteilt würden, könnte dieses dem Ministerium davon Kenntnis geben, und das Ministerium könnte darauf antworten. Der Gesetzentwurf über das Wasserrecht sollte möglichst öffentlich veröffentlicht werden, damit er diskutiert werden kann.

Abg. Hofmann (soz.): Ich wollte auch einen Fall zur Sprache bringen, habe vor acht Tagen einem Arbeiter geschrieben, mir die Akten rechtzeitig zu schicken, derselbe hat sie aber nicht ausgesetzt bekommen, bevor er nicht das Geld erlegt hat. Ich habe das erst jetzt durch Brief erfahren. Wir sind also sehr oft gar nicht in der Lage, rechtzeitig das Ministerium oder die Kammer zu informieren.

Das Kapitel wird einstimmig bewilligt.

Kap. 44. Amtshauptmannschaften. Einnahmen 200 780 Mt., Ausgaben 1481 625 Mt., außerdem 45 824 Mt. zur Errichtung des Amtshauptmannschaftsgebäudes zu Chemnitz, 32 500 Mt. zur Aufbau eines Areals für einen Anbau bei der Amtshauptmannschaft Oschatz und 220 000 Mt. für ein neues Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Döbeln.

Abg. Leithold (cons.): spricht für Besserstellung der unteren Expeditionsbeamten bei den Amtshauptmannschaften.

Abg. Schulze (soz.): Die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde hat im Jahre 1894 die Wahlen der Schöffen und Geschworenen in ungünstiger Weise vornehmen lassen, indem sie nur einfach ein Cirkular herumgehen ließ. Sie hat das auch 1895 gethan und sich geweigert, den gezielten Bestimmungen nachzukommen. Ich richte an den Minister die Anfrage, ob ihm das bekannt ist und was er zu thun gedacht?

Minister des Innern v. Meißch: Das Ministerium wird Unrichtigkeiten, wo sie sich ergeben, abstellen lassen. Ich glaube nicht, daß die Abstimmung durch Cirkular eine ungünstige ist. Wenn sich der Abg. Schulze dafür interessiert, werde ich ihm das Resultat der Untersuchung mitteilen lassen.

Abg. Fräsdorf (soz.): Es hat mich sehr beeindruckt, daß der Minister erklärt hat, das Gesetz solle gleichmäßig gehandhabt werden, denn wir haben keine Freude an der Vorbringung solcher Beschwerden. Den Arbeitern fügt fortwährend die Polizei im Nacken, deshalb der schärfste Ton in unseren Versammlungen. Der Minister müßte doch bald eingehen haben, daß er dadurch nur Erditterung erzeugt. Niemand fördert unsere Partei mehr als der Minister. Wo größere politische Freiheit herrscht, herrscht auch ein weniger schärfster Ton in Sachsen. Wenn der Minister sagt, er erhält Beschwerden nur selten, so liegt dies daran, weil der Beschwerdeweg zu schwierig ist oder weil man das Vertrauen zur Regierung verloren hat. Es sollte uns freuen, wenn wir ein gleiches Vertrauen zu Minister haben könnten, wie die Herren von den Ordnungsparteien. Die überwährenden der Versammlungen verfahren oft sehr rigoros. Im 6. Reichstagswahlkreis sind bei der jüngsten Nachwahl nach einem öffentlichen Aufruf der Konervative Verein, der Bund der Landwirte und der Nationalliberale Verein zu einem Komitee zusammengetreten, und sie sind nicht aufgelöst worden! Darum glaubt Ihnen eben niemand mehr.

Minister von Meißch: Fräsdorf's Mahnung bedarf es nicht, ich brauche auch keine Instruktion, wie ich die unteren Behörden zu behandeln habe. Der Abgeordnete Fräsdorf würde der leiste sein, von dem ich mir eine solche Instruktion erbitten würde. Anschliefendes Anstreben der Sozialdemokratie in den Versammlungen ist es nicht bloß wünschenswert, sondern sogar Erfordernis, gegen sie mit der größten Schärfe aufzutreten. Die Sozialdemokratie sind es allein, die die Agitation in die Vereine tragen. Mein Vorgänger v. Nossitz-Wallwitz hat gefragt, es werde mit der Schärfe gegen die Sozialdemokratie so lange fortgefahrt, so lange sie nicht auskönnen, Unzufriedenheit wachzurufen. Ich bestreite wenigstens so viel, daß vom Ministerium des Innern gebüdet wird, daß ein solcher Zustand, nach welchem die Ordnungsparteien die Gesetze übertragen dürfen, besteht. Der von Fräsdorf zitierte Fall aus dem 6. Wahlkreis ist zur Kenntnis des Ministeriums gelangt, und es hat die Anweisung gegeben, sobald eine Ungesetzlichkeit vorliege, einzuschreiten. Die Amtshauptmannschaft hat angezeigt, es sei kontrolliert worden, daß die Unterzeichner des Aufrufs einen ausdrücklichen Auftrag nicht gehabt haben, daß sie nur für ihre Person mit dem betreffenden Epitheton unterzeichnet haben, um ihre Parteistellung zu kennzeichnen. (1) Das ist doch ein Beweis, daß in der Handhabung des Gesetzes gleichmäßig vorgegangen wird.

Abg. Goldstein (soz.): Wenn der Minister sich überhaupt jemals einen Widerspruch hat zu Schulden kommen lassen, dann doch hier mit den wenigen Worten. In der Verfassung steht nichts davon, daß gewisse Staatsbürger anders zu behandeln seien als andere. Der Minister soll mir aus der Verfassung beweisen, daß er das Recht hat, die Staatsbürger mit zweierlei Maß zu messen! Es kommt, doch nicht bloß das Vereinsgesetz, sondern auch die Verfassung in Frage. Der Minister steht nicht über dem Staatsgrundgesetz! Ob wir Unzufriedene schaffen, das ist Ansichtssache, hat aber nichts mit der Handhabung der Rechte zu thun. Berufen Sie sich doch auf die Macht, aber nicht auf das Gesetz! Dann ist auch für uns der Standpunkt gegeben. Im 16. und 18. Wahlkreis hat man die Partei aufgelöst, der Minister hat aber ein Einschreiten abgelehnt auf Grund des Organisationsgesetzes. Warum erklärt man die Partei nur in diesen zwei Wahlkreisen als Verein? Warum nicht gleich für das ganze Land? Wir haben doch überall die gleiche Organisation! Warum hat man die Partei erst vier Jahre ausgestört bestehen lassen? Aus dem Vereinsgesetz kann man es nicht herauslesen, daß die Partei als Verein betrachtet werden müsse. Es scheint etwas verschupft zu haben, was Geyer bei Erwähnung des Reichsvereinsgesetzes gesagt hat — das wird aber so fortgehen. Noch viele werden sich von Ihnen wenden und als einzigen Staat das Reich wünschen. Sie reißen den Leuten die Liebe zum engeren Vaterland aus dem Herzen. Wer Wind setzt, wird Sturm ernten.

Abg. Hofmann (soz.): Ich will dem Minister in einem praktischen Beispiel zeigen, wie die Amtshauptmannschaften Unzufriedenheit föhlen. In Chemnitz will der Verein der Markthelfer ein Vergnügen erhalten, also Leute, die gewiß schwer arbeiten und einmal ein Vergnügen verdienen. Die Leute reichen Statuten und Mitgliederlisten ein, die Amtshauptmannschaft findet es aber nicht für geraten, das Vergnügen zu gestatten. Die Leute wissen gar nicht, wie sie dazu kommen. Dadurch entsteht Unzufriedenheit.

Abg. Schmöle (cons.): beantragt Schluß der Debatte; der Schluß wird gegen 19 Stimmen angenommen und das Kapitel einstimmig bewilligt.

Kap. 45. Kunstabakademie und Kunstgewerbeschule zu Leipzig. Einnahme 8800 Mt., Ausgabe 115 492 Mt. Einstimmig bewilligt.

Kap. 45 a. Kunstgewerbeschule mit Vorhalle und Kunstschießwesen zu Dresden. Einnahme 10320 Mt., Ausgabe 180 485 Mt. Einstimmig.

Abg. Fritzsche (cons.): bringt hierbei mehrere Nebenstände in der Kunstgewerbeschule zur Sprache. Die Klassen seien überfüllt, die Korridore dunkel etc.

Kap. 45 b. Technische Staatslehranstalten zu Chemnitz. Einnahmen 51 750 Mt., Ausgaben 200 170 Mt.

Abg. Thieckorn (cons.): bringt hierbei verschiedene Wünsche zum Vortrag.

Abg. Reithammer (nat.): bemängelt, daß diese Anstalt, sowie viele andere Schulen dem Ministerium des Innern unterstehen, die Förste und Bergakademie wiederum dem Finanzministerium. Es würde eine Vereinigung sämtlicher Unterrichtsanstalten unter dem Kultusministerium für das richtige halten.

Reg.-Rat Dr. Kotter: Die Pflege des Gewerbelebens steht in engster Beziehung mit dem Gewerbeschulwesen und ist deshalb unter einem Ministerium zu vereinigen. In Preußen hat man sehr ungünstige Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen System gemacht.

Das Kapitel wird einstimmig bewilligt.

Kapitel 45 c. Baugewerkschulen zu Dresden, Leipzig, Plauen im Vogtland und Bautzen. Einnahmen 14 640 Mt., Ausgaben 118 200 Mt. außerdem 350 000 Mt. für ein neues Baugewerkschulgebäude zu Dres-

Nach sehr langer Debatte, an der sich die Abg. Küder, Seim, Uhlmann-Stollberg, Stolle-Gesau, Philipp und Mehnert beteiligen, wird das Kapitel einstimmig bewilligt. Stolle verwendet sich dafür, das Geld für den Dresdener Bau einer Kleinstadt zu verwenden; Mehnert meint, hier mache sich vermutlich schon der günstige Einfluß der neuen Umgebung (rechte Seite des Hauses) auf Stolle geltend. (Große Heiterkeit.)

Kapitel 45 d. Industrieschule zu Plauen. Einnahme 7000 Mt., Ausgabe 88 723 Mt. Einstimmig.

Kapitel 45 f. Gratifikationen und Unterstützungen sowie Beiträge zur Pensionsklasse für landwirtschaftliche und gewerbliche Lehrer und Beamte. Ausgabe 11 300 Mt. Einstimmig.

Um 4 Uhr wird Antrag auf Verlagung gestellt. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß für die nächsten Tage bereits sehr reichhaltige Tagesordnungen vorgesehen seien und daß man auch am Sonnabend eine Sitzung abhalten müsste. Der Verlagungsantrag wird mit 31 gegen 26 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Rest der heutigen Tagesordnung. 2. Allgemeine Vorberatung über Dekret 25. II. Nachtrag zum außerordentlichen Etat (Bahnhof Wüstenbrück, Elektricitätswerk Dresden). 3., 4., 5. Petitionen.

Der Bericht über den gestrigen Landtag mußte wegen Raumangst für morgen zurückgestellt werden.

Von der Wahlrechtsbewegung.

Die erste Kammer hat die zweite noch übertrumpft in der rasenden Eile, mit der die Deputation die Wahlgesetzesvorlage beraten und den Bericht darüber verfaßt hat. Schon jetzt, eine Woche nachdem die zweite Kammer ihren Beschuß gefaßt hat, veröffentlicht die Deputation der ersten Kammer ihren Bericht, in dem es heißt: Die jetzt gegebene Situation, d. h. die vorgeschriebene Tagung (!) und der Umstand, daß das Einverständnis zwischen der zweiten Kammer und der königl. Staatsregierung über die Vorlage das Resultat mühsamer Kompromisse ist, bringen es mit sich, daß die erste Kammer sich praktischerweise daran zu beschränken haben wird, entweder die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt anzunehmen, oder aber sie ganz abzulehnen. Es würde vollständig gegenstandslos sein, wollte sie jetzt total andere Prinzipien aufstellen, oder auf wesentliche Modifizierungen der Vorlage zulassen. Denn es ist nicht die mindeste Aussicht dafür vorhanden, daß dergleichen Annahme finden würden. Hierzu ausgehend, verzichtet die erste Deputation darauf, ihrerseits theoretisch zu untersuchen, ob nicht etwa eine Erhöhung des früheren Tenzus oder eine Erhöhung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht unter Beibehaltung des bisherigen Wahlmodus vorzuziehen gewesen wäre oder welcher andere Weg etwa hätte beschritten werden können. Die Deputation empfiehlt angelegentlich die Annahme des Wahlgesetzesentwurfes in der mit der zweiten Kammer vereinbarten Fassung und bemerkt hierzu: „Die Gefahren, welche unser Vaterland bedrohen, wenn wir das Anwachsen der sozialdemokratischen Richtung in der Landesvertretung weiter geführen lassen, liegen auf der Hand. Hat sich die königl. Staatsregierung im Verein mit der überwiegenden Majorität der zweiten Kammer zu einem thatkräftigen Vorgehen gegen diese Gefahren entschlossen, so ist es die Pflicht der ersten Kammer, sie voll zu unterstützen, sie müßte denn den eingeschlagenen Weg für verhängnisvoll halten. Diese Ansicht ist zur Zeit nicht laut geworden. Die Beunruhigung und Bewegung, welche aus Anlaß der Wahlgesetzesänderung in einige Kreise der Bevölkerung getragen worden ist, wird dadurch am erfolgreichsten und raschesten beseitigt werden, daß die Landesvertretung in ihrer überwiegenden Mehrheit durch ihre Abstimmung dokumentiert, daß sie die Maßregeln der Regierung für notwendig und zweckmäßig erkannt hat.“

Die Herren der ersten Kammer sind sicherlich alle geborene Diplomaten und Staatsmänner. Mit diplomatischer Grazie und staatsmännischer Kühle schreiten sie lächelnd über die Rechte des Volkes dahin, wie über das Parkett ihrer Festfälle. Sie verzichten auf eingehende Erörterung oder gar Umänderung, denn die „Tagung“ ist schon „vorges

Au die gesamte Arbeiterschaft von L.-Ost!

Als bei der am 15. Juni 1895 stattgefundenen Reichstagswahl der sozialdemokratische Kandidat in den östlichen Vororten ungefähr 16000 Stimmen auf sich vereinigte, gab das Resultat zu den besten Hoffnungen Anlaß, daß endlich die Arbeiter aus ihrem Stumpfsein erwachen würden. Dieser hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. 16000 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten und demgegenüber 500 organisierte Arbeiter im sozialdemokratischen Verein Leipzig-Ost. Diese Ziffern gereichen der Arbeiterschaft des Ostens nicht zur Ehre.

Wie allen Arbeitern bekannt sein dürfte, wurde obengenannter Verein zur politischen Organisation der Arbeiter des Ostens gegründet und hat sich folgendes Ziel gesetzt: Förderung der Bestrebungen des Programms der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieses soll erreicht werden: 1. Durch Agitation im Sinne der Sozialdemokratie; 2. durch Vorträge politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Natur sowie Diskussionen; 3. durch Beteiligung an Wahlen; durch Vertrieb geeigneter Schriften.

Arbeiterinnen, Arbeiter! Vor wenigen Tagen habt Ihr gesehen, mit welchen Mitteln gegen uns gekämpft wird. Gedenket der Auflösung der Wahlrechts-Vlgs. sowie des rücksichtlichen Verhaltens der Mehrheit im sächsischen Landtag. Werden nicht alle Eure Rechte bedroht? Ist es da nicht Pflicht eines jeden denkenden Menschen, thakräftig einzutreten für die winzigen Rechte, die wir noch zu verteidigen haben? Darauf richtet der unterzeichnete Vorstand an alle das Erliche, sich dem sozialdemokratischen Verein anzuschließen. Nur durch den Zusammenschluß aller werden wir eine achtunggebietende Macht!

Mitglieder! An Euch ergibt die dringende Mahnung, überall für den Verein zu agitieren und den Vorstand in der Werbung neuer Mitglieder nach besten Kräften zu unterstützen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost.

Die nächste öffentliche Versammlung des Vereins findet Dienstag den 17. März abends 1/2 Uhr in Mehnerts Ballhaus (Grüne Schenke) statt. Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Bruno Schoenlank wird referieren über das Thema: Die politische Lage.

Die Brillenbeleger des Vereins sind in folgenden Lokalen anwesend:

Anger: Jeden Sonnabend abends von 8–11 Uhr im Albertgarten.
Neuschöneweide: Jeden Sonnabend abends von 1/2 Uhr an in Bachs Schankwirtschaft, Clarastraße.
Neustadt: Jeden Sonnabend abends von 8 Uhr an in Richters Restaurant, Mariannenstraße 54.
Rennbahn: Jeden Sonnabend abends von 8 Uhr an im Restaurant Jahr, Kronprinzenstraße 6.
Sellerhausen: Jeden Sonnabend abends von 8 Uhr an im Restaurant Telohmann.
Thonberg: Jeden Sonnabend abends von 1/2–11 Uhr im Gasthof Neureudnitz, Stötteritzer Straße.
Vollmarisdorf: Jeden Sonnabend abends von 8 Uhr an im Restaurant Stollberg.

Die Mitglieder werden erachtet, bei Bezahlung von Beträgen ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund „Vorwärts“

Leipzig u. Umg.

Sonntag den 22. März 1896

Großes Vocal- u. Instrumental-Konzert im Saale des Felsenkellers zu L.-Plagwitz.

Konzertkapelle Günther Coblenz.

Eintritt 8/10 Uhr. — Anfang 4 Uhr. — Ende 11 Uhr.

Programme an der Kasse 30 Pf., im Vorverkauf 20 Pf., bei sämtlichen Bundesvereinen sowie in den Filialen des Konsumvereins Plagwitz in Plagwitz, Lindenau und Kleinziehau.

Alle Freunde des Gesanges werden hierzu freundlich eingeladen.

Sonntag den 15. März vormittags 1/2 Uhr

Bundesprobe im Saale des Pantheons.

Das pünktliche Erscheinen sämtlicher Sangesbrüder ist notwendig.

In der Probe werden die Freiprogramme der Mitglieder verteilt. Der Vorstand.

Schneiderinnen u. Schneider!

Montag den 16. März abends 1/2 Uhr

Grosse öffentl. Versammlung in den Sälen der Flora, Windmühlenstr. 14/16.

Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schürzenfabrik von Bokemayer & Haak. 2. Die Arbeitsverhältnisse der Firma F. A. Bock. 3. Gewerkschaftliches.

N.B. Schürzen-, Hemdenüberlinnen, Mätschen-, Korsettndüberlinnen sowie in der Mäh- und Konfektionsbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sind hierzu freundlich eingeladen. — Die Herren Chefs obiger Firmen sind ebenfalls dazu eingeladen.

Achtung, Metall- u. Eisendreher.

Sonntag den 15. März vormittags 1/2 Uhr

Öffentliche Dreher-Versammlung in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Wert der Arbeiterorganisation. 2. Gewerkschaftliches mit Diskussion.

Der Einberufer.

Gummiarbeiter und -Arbeiterinnen.

Sonnabend den 14. März

Grosser Familien-Abend in der Gesellschaftshalle zu L.-Lindenau.

bestehend aus Konzert, Ball und Aufführung lebender Bilder

in der Gesellschaftshalle zu L.-Lindenau.

Ausgang 1/2 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf 15 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Das Konzert wird von der Freien Musiker-Vereinigung ausgeführt.

Freunde und Eltern laden freundlich ein.

Verantwortlicher Redakteur: Max Lorenz in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Achtung, Töpfer!

Sonnabend den 14. März 1896 abends 8 Uhr
Öffentliche Versammlung
im Universitätskeller, Ritterstraße 7, I.

Tagesordnung: 1. Anträge zum sächsischen Töpfertage. 2. Delegiertenwahl.

3. Gewerkschaftliches.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

D. B.

Konsumverein für Pegau u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

Sonnabend den 14. März abends 8 Uhr

Ordentliche General-Versammlung

im Saale des Herrn Hemmann.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Antrag der Ver-

waltung; Änderung des § 2 Abs. 3 des Statuts. 4. Verchiedenes.

Der Vorstand.

Arthur Tress. Louis Heyne.

Buchbinder Männerchor.

Sonnabend den 14. März

VII. Stiftungs-Fest

in Mehnerts Ballhaus, Leipzig-Anger, Hauptstraße.

Eintritt 1/2 Uhr. Nach dem Konzert Ball. Anfang 1/2 Uhr.

Programme im Vorverlauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Alle Kollegen und Gesangskreise werden hierzu freundlich eingeladen.

2178]

Admiral

Neu! Kunstdekoration. Neu!

Silberhallen darstellend.

Täglich

Gross. Instrumentalkonzert

der 1. deutsch-japanischen

Matrosenkapelle in Original-

Uniform. Dir. W. Orthely.

Anfang 4 Uhr.

2178]

2178]

W. Spiese, Stadt Hannover, Seeburgstr.

Speise- und Verkehrs-Haus der Gewerkschaften.

1935 Gut. Bürgerl. Mittagstisch, 40 Pf. Abendbrot von 80 Pf. an. ff. Großtier

2. Glas 25 Pf. Get. Alimbacher 15 Pf. Regelbahn pro Abend 1,50 Pf.

Restaurant O. Schindler 1. Kräftiges Mittagstisch bei mußt. Unterhaltung zu 50 Pf.

Sternwartenstraße 18. 2. instl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

Querstr. 24 Restaurant Hermann Wanderer Querstr. 24 empfiehlt selten als vorzüglich anerkannten Mittagstisch intl. Speise 50 Pf.

ff. Großtier Lager, echt bayerisch Exportbier. Schöne rauchfreie Gast-

und Frühstücksstube. 3. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische

Gallertschüsseln, sowie Sonnabends Schweinsknochen.

Freitag und Sonntag

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

Pantheon. Große Ballmusik.

Speisen und Getränke wie bekannt.

Ergebnistabell ein Gustav Grosse.

Restaurant Waldschlösschen, Lindenau

Bringe meine freundlichen Vorstellungen in empfehlende Erinnerung. Empfiehlt

jeden Sonnabend Schweinsknochen. Sonntag Speckkuchen. Jeden

Sonntag Unterhaltungssabend. Gesellschaftszimmer, 40 Personen fassend,

mit neuem Blatt noch einige Tage frei. Es liefert Ergebnistabell ein Herm. Blätter.

● Fahrräder billig

bei E. Kelselt

1435 Paulinstraße 10, im Sonn.

Leipzig, Grimmaische Strasse 3.

Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Dresden, München.

Dr. J. Sohanz & Co.

Satzung

sorgfältig, reell, billigst, schnell.

Energische Vertr. in Patent-Streitischen.

Verwertung, An- u. Verkauf v. Erfahrung.

Ausgekämmte Haare kaufen

H. Klaus, Nürnberger Str. 37.

10 Schneidig 10

u. hoch elegant, dabei sehr billig, können sich

alle Herren feilen. Neue und wenig ge-

tragene Anzüge, Frack, Hosent, Früh-

Jahrs- u. Sommerüberzieher, Gesell-

schaf-Anzüge, auch leichte. Schnell

10 Große Fleischergasse 10 bitte ganz genau Goldene Krone zu beachten

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]

2178]</

1. Beilage zu Nr. 59 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag 12. März 1896.

Reichstag.

57. Sitzung vom 11. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.

Eingegangen ist der Entwurf des Reichskanzlers, betreffend die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien.

Die zweite Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung wird fortgesetzt beim Art. 9, welcher den § 44a der Gewerbe-Ordnung aufrecht erhält, wonach für die Detailtreibenden Legitimationskarten erforderlich sind, die unter gewissen Umständen verfugt oder entzogen werden können.

Abg. Vogtherr (Soz.) beantragt, den § 44a ganz zu streichen, denn er verfehlt vollständig, was er gegenüber den Handlungstreibenden beweist. Die Legitimationskarten werden zum großen Teil überhaupt nicht gelöst. Der § 44a ist 1883 erst in dritter Fassung wiederhergestellt worden, obgleich die bestellten Kreise der Kaufmannschaft, namentlich auch die Altesten der Kaufmannschaft in Berlin sich in einem energischen Protest gegen die Bestimmung aussprachen.

Auch die Motive bezeichnen die Legitimationskarten nicht als eine aus dem Betriebe sich ergebende Nothwendigkeit, sondern lediglich als eine steuerrechtliche Nothwendigkeit, um die Handlungstreibenden von den steuerpflichtigen Haustieren und Gewerbetreibenden gesondert zu halten. Da könnte man doch einfach die Haustiere mit steuerfreiblichen Legitimations-Karten versehen! Herr von Köller, der damalige Abgeordnete, hat den Vergleich dieser Legitimationskarten mit den Jagdscheinen gewagt, ein Vergleich, der selbstverständlich wie die ganze Köller'sche Politik hinkt. Das Schwergewicht liegt aber vor allem in der Pflicht, abgesehen davon, daß sie zum größten Theil nicht erfüllt wird, sich eine Legitimationskarte zu lösen und in der Möglichkeit der Verfolgung. Der Kaufmann ist in politischen Dingen wenig zur Opposition geeignet und wenig dazu angehalten, sich energisch und agitatorisch gegen solche Zinnthungen zu wenden, daher hat er sich mit dieser Bestimmung in den 18 Jahren ihres Bestehens wenig beschäftigt.

Die Verfolgung kann erfolgen, wenn der Nachsuchende mit einer auftretenden Krankheit befasst oder in erschreckender Weise entsteht. Ganz von selbst wird schon kein Kaufmann einen solchen Nachsuchenden anstellen. Polizeibeamten können möglicherweise im Sinne der Antisemiten schon eine krumme Nase als erschreckende Entstellung ansehen. Das ist also sehr deprimierend. Daß jemand, der mit einer Woche Haft bestraft ist, nun noch mit einer fünfjährigen Karrezeit soll bestraft werden können, für welche ihm die Karte verfugt werden kann, ist außerordentlich hart. Diese Verfolgung von Vorstrafen muß durchaus bekämpft werden; das heißt nur die Kaufmannschaft unter Polizeiaufsicht stellen. Die Erteilung der Karte ist dem Publikum gegenüber eine Art behördlicher Garantie für die moralische Ehrlichkeit und Unbescholtenheit und das Publikum glaubt nun, daß die betreffenden Nachsuchenden unter allen Umständen gut und tüchtig sind. Eine Kontrolle wird so gut wie gar nicht ausgeübt. Ich weiß von mir bekannten Leuten, daß sie während der 12 bis 18 Jahre des Bestehens der Bestimmung nicht ein einziges Mal kontrolliert wurden. Sie wird, wenn überhaupt, nur von untergeordneten, unintelligenten Unterbeamten, von Gendarmen und dergleichen ehrenwerthen Personen, die ohne hinreichende Geschäftserfahrung, fast immer ohne Kenntnis der Zustände im Handelsgewerbe sind, ausgeübt, und mit dieser Kontrolle ist dann immer eine Reihe von Chikanen verbunden. Auch die Vorschrift, daß die Karte immer eine nähere Bezeichnung des Gewerbes führen soll, ist schwer zu erfüllen. Hiergegen haben sich 1883 auch die Nationalliberalen ausgesprochen; trotzdem glaube ich kaum, daß sie konsequenterweise heute für die Aufhebung stimmen werden. Der Paragraph trifft die Geschäftsinhaber weit weniger als die Angestellten. In der sozialen Gesetzesgebung der letzten Jahre sind die Handlungsgehilfen arg vernachlässigt und dazu kommt noch die schwere Last des § 44a. Die Konzessionspflichtigkeit, die hier statuiert wird, widerspricht dem ganzen kaufmännischen Betriebe; sie gibt der Polizei das Recht, ihre Nase auch noch in dieses Gebiet zu stecken, von dem sie so gut wie gar nichts verstehen. Ich hoffe, daß Sie durch Annahme meines Antrages auch einmal eine Verbesserung in die Modelle bringen werden.

Der Abg. Vogtherr wird darauf abgelehnt und Artikel 9 genehmigt, ebenso ohne Debatte Artikel 10, wonach die Untersagung des Gewerbebetriebes des Detailtreibenden nach Jahresfrist zurückgenommen werden kann.

Nach Artikel 11 der Vorlage sollen vom Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen werden, außer den bereits jetzt in § 56 der Gewerbe-Ordnung aufgezählten 9 Kategorien: 10. Bäume aller Art, Sträucher, Sämereien und Blumenzweihen, Schnitt- und Wurzelzweihen und Nuttermittel; 11. Schmuckstücke, Bijouterien, Brillen und optische Instrumente.

Ferner sollen Druckschriften vom Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sein, nicht blos infosieße sie in städtischer oder religiöser Beziehung Abergern zu geben geeignet sind oder wenn sie mittels Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden, sondern auch, wenn sie in Lieferungen erscheinen, wenn nicht die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis auf jeder einzelnen Lieferung an einer in die Augen fallenden Stelle bestimmt verzeichnet ist.

Die Freiheiten, Abg. Schmiede und Genossen, wollen den Theil des § 56, der sich auf Druckschriften bezicht, überhaupt streichen.

Die Abg. Galler und Genossen (süd. Volksp.) wollen in der neuen Nummer 10 die Worte „Sämereien und Blumenzweihen“ streichen.

Abg. Heine (S.) will statt der Worte „die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis“ nur die Worte sehen: „der Gesamtpreis“.

Abg. v. Strombeck (S.) will die neu eingeführten Nummern 10 und 11 streichen; für den Fall der Ablehnung dieses Antrages will er in Artikel 12, der neben dem Bundesrat auch den Landesregierungen die Befugnis giebt, Ausnahmen zu machen in bezug auf Nr. 10, hinzufügen, daß auch Ausnahmen in bezug auf Nr. 11 gemacht werden dürfen, und zwar soll dabei folgende Bestimmung in § 56 b der Gewerbe-Ordnung getroffen werden: „Von dieser Befugnis ist für diejenigen Bezirke oder Ortschaften, bei denen Bewohner infolge mangelnder anderweitiger Erwerbsgelegenheit der Gewerbebetrieb im Umherziehen zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes hergebracht ist, Gebrauch zu machen. Jedoch bleiben diejenigen Personen, welche erst nach Erlass dieses Gesetzes in solchen Bezirken oder Ortschaften Wohnsitz oder Aufenthalt nehmen, den Vorschriften des § 56 Absatz 2 Ziffer 10 und 11 unterworfen. Schmuckstücke und Bijouterien, welche im Laufe der Handelsindustrie durch Handarbeit hergestellt werden, dürfen von den Herstellern und deren Angehörigen auch außer den Fällen des § 59 im Umherziehen feilgeboten werden. Als Angehörige sind anzusehen: Verwandte und Verschwägerte in auf- und absteigender Linie, Adoptiv- und Pflege-Eltern und Kinder, Ehegatten, Geschwister und deren Ehegatten, und Verlobte.“

Die Abg. Langmann und Weiß beantragen in Nr. 11 die Worte „Brillen und optische Instrumente“ zu streichen; Abg.

Hahn beantragt in Nummer 10 die Optiken einzufügen.

Abg. v. Strombeck empfiehlt im Interesse seines Wahlkreises, des Eichsfeldes, seine Anträge. Durch die Vorlage werde der Mittelstand nicht gefördert, sondern der Haustierstand, der auch zu den Mittelständen gehört, auf das schwarz geschädigt. Nedner verweist darauf, daß ein katholischer Kalender vom Haustierbetrieb ausgeschlossen sei, weil er eine politische Kritik enthalten habe. Nedner hält das nicht für richtig, denn nur bei städtischen und religiösen Anlässen könne der Ausschluß erfolgen.

Staatssekretär v. Bötticher: Nur Schriften, die städtisches und religiöses Abergern erregen, sind von der Kolportage ausgeschlossen; erregen sie politisches Abergern, so können sie nicht verboten werden, es sei denn, daß städtisches und religiöses Abergern damit verknüpft ist.

Abg. Galler (süd. Vp.): Ich möchte für die Haustiere ein Wort einlegen. Die Haustiere sind ebenso Geschäftsbüroleute wie die gehobenen Kaufleute. Sie kennen ihr Publikum, seine Bedürfnisse und seinen Geschmack. Sie haben sich durch schwere Arbeit ihre Kundenschaft erworben und würden durch die Vorlage einfach brotlos gemacht. Diejenigen Parteien, welche sich als Beschützer des Mittelstandes bezeichnen, sollten sich doch erst besinnen, ob es recht ist, durch so lange Arbeit hergestellte Verhältnisse zu stören. Wenn wir die Gesetze prüfen darauf hin, wie sie sich eignen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, so müssen wir diese Vorlage ablehnen, welche käusende von Leuten in die Arme der Sozialdemokratie treibt. Deshalb bitte ich Sie, wenigstens unseres Antrags anzunehmen.

Gemeinrath Courad: Herr v. Strombeck meinte, daß die Klagen über den Haustierhandel mit Sämereien nur aus einzelnen Kreisen stammen. Das ist nicht der Fall. Aus allen Landesstellen sind die Klagen der Landwirte über die Betrügereien der Haustiere laut geworden. Die Wünsche, daß es beim Alten bleibt möge, sind durchaus nicht allseitig laut geworden, sondern nur vom Hunsrück; vom Eichsfeld und aus Württemberg sind Eingaben hierher gelangt, welche diesen Haustierhandel mit Sämereien aufrecht erhalten wollen. Solchen speziellen Wünschen können die Landesregierungen Rechnung tragen, soweit das laufende Publikum ein Interesse daran hat. Besonders bedenklich ist auch der Haustierhandel mit Obstbäumen, die bei dem Unwetter in Wind und Wetter selbstverständlich leiden müssen. Die Handelsgärtner haben sich besonders gegen diesen Haustierhandel ausgesprochen.

Abg. Weiß (frs. Vp.): Das zuletzt Angeführte ist selbstverständlich. Nedner wendet sich gegen den Ausschluß von Brillen und optischen Instrumenten, der lediglich mit den Worten begründet sei: „Desgleichen wird dem Interesse der Bevölkerung mit der Ausschließung von Brillen und optischen Instrumenten gedient sein.“ Die Haustiere haben in dieser Beziehung alle Kundschäften und es fassen sogar die staatlichen Lehranstalten von diesen regelmäßig verkehrenden Haustieren. Wenn die Haustiere optische Instrumente nicht mehr verkaufen dürfen, so werden die Bauern nicht in die Stadt gehen und von den feinsten Geschäften kaufen, sondern nach den Katalogen der Handelsgeschäfte. Die Haustiere verkaufen nicht blos Brillen, sondern auch Thermometer, Barometer, Badenzähler, Lotte u. s. w.

Abg. Hahn tritt für die Regierungsvorlage ein, namentlich auch in bezug auf die Brillen und optischen Instrumente zum Schutz des Publikums. Wir müssen unsere Handelsgärtner gegen die Konkurrenz schützen, damit die Landwirte, welche sich auf den Obsthain u. s. w. legen, von unseren Gärtnervereinen gute leistungsfähige Sämereien und Pflanzen beziehen können, die auch für den bestehenden Boden passen. Das zu beurtheilen ist der Haustier nicht im Stande.

Ministerialdirektor v. Wölfke hält den Antrag Hahn für unzweckmäßig; denn die Vorlage solle nicht in erster Linie dem Interesse der Produzenten, sondern den Interessen des Publikums dienen.

Abg. Müncke (frs. Vp.): Ich bin von tieferer Befriedigung erfüllt über die Erklärung des Herrn v. Bötticher wegen des Vertriebes der politischen Druckschriften. Sein Antwort war sehr richtig vom Standpunkt der bestehenden Gesetzgebung; darüber war ich sehr befriedigt. Aber diese Befriedigung hörte sehr bald auf, denn Herr v. Bötticher meinte, daß politische Dinge, die zugleich städtisch anstößig sind, von der Kolportage ausgeschlossen werden könnten. Konservative konservative Druckschriften werden unbehelligt bleiben, aber sogenannte konservative Druckschriften, in denen etwas Staatsgefährliches, Gemeingefährliches vorkommt, die werden schon nicht unbehelligt bleiben. Unter Herrn v. Stumm's Herrschaft werden alle sozialistisch angehauchten Dinge verdächtigt werden. Die Haustiere prüfen man bisher nur auf ihre Religion und Sittlichkeit; an sie werden höhere städtische und religiöse Ansprüche gestellt, als an die Verleger. Es kann manches verlegt und in Buchläden verkauft werden, was der Haustier nicht verkaufen darf. Was Religion und Sittte für den Haustier ist, dafür haben die Polizeibehörden und namentlich die Bezirkshauptmannschaften in Sachsen ein sehr feines Gefühl! (Heiterkeit.) Ich will nicht die Polizei angreifen, schon um Herrn von Soltisch nicht zu nahe zu treten. (Heiterkeit.) Aber irgendeine Anschaugung können vorkommen. Es gibt eine gewisse Präzision, die Preise sind für die höchsten Verhältnisse zu steuern. (Heiterkeit.) Das war sehr richtig! Denn die Sittlichkeit der Einwohner hätte gefährdet werden können, wenn sie beim Anlaufen von Schriften über ihren Staat hinausgegangen wären. (Heiterkeit.) Die Sittlichkeit sollte beurtheilt werden nach den Grundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Das wird in jeder Kommissionssitzung behauptet, daß es gegen die Sittlichkeit verstößt, wenn ein Arbeitgeber seinen Arbeitern ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntnis aufzwingt. Ich kann das nicht beurtheilen; aber vielleicht glaubt das ein Polizeibeamter und behandelt dann danach den Kolportagebuchhandel. Die Kolportage wird immer beurtheilt nach dem Schauerroman. Ich nehme an, daß Niemand in diesem Haufe einen Schauerroman gelesen hat, oder höchstens einen einzigen. Es wird also die höchste Unbefangenheit in diesem Saale herrschen. Diese Schauerromane, wie die Memoiren des Schriftwirters Krauß u. s. w., verstößen gegen den guten Geschmack, aber gegen die Sittte und Religion verstößen sie nicht. Man muß sich nicht auf den exquisiten Standpunkt stellen, sondern auf den Geschmack des Volkes, für welches schließlich ein Schauerroman noch besser ist als Wirthshausbesuch und Spiel. Das Druckschriftenregister wird von der Polizei geprüft und gestempelt, aber es schützt den Haustier nicht, wenn vielleicht ein anstößiges Buch irrtümlich in das Verzeichnis gekommen ist. Soll die Beschränkung der Druckschriften-Kolportage zu befehligen, bringt die Vorlage eine neue Erschwerung; es soll die Zahl der Lieferungen und der Gesamtpreis auf den einzelnen Lieferungen eines Werkes angegeben werden. Wie kann man denn genau wissen, z. B. bei einem Konversationslexikon, ob die Wissenschaft

gerade mit dem schäzten Wande aufhören wird? Wir wollen Beschränkungen aufheben, die keinen vernünftigen Sinn mehr haben.

Abg. v. Wolszlegier-Gilsenburg (Pole) erklärt sich ebenfalls gegen die Beschränkung der Kolportage.

Abg. Dietz (Soz.): In Würzburg ist der Verlauf von „Caligula“ von Guido im Unserlichen verboten worden und zwar erst, als von der Staatsanwaltschaft erklärt war, daß sie nichts enthalte, was zu bestrafen wäre. — Die Kolportage mit Schundromane macht kaum den zehnten Theil von dem aus, was die Kolportoren unter das Publikum bringen. Es ist durch die Literatur, die durch den Kolportagehandel vertrieben wird, auch erheblich Gutes geleistet. Missstände sind auf diesem Gebiet fast garnicht hervorgekommen, denn wir haben ja das Strafgesetzbuch, das mit dem Geiste erfüllt ist, der auch den Artikel 12 distanziert hat. Ich habe die in Berlin beständlichen Kolportage-Buchhandlungen besucht und mir ein Verzeichniß der dort vertriebenen Sachen anfertigen lassen. Aus diesem Verzeichniß geht hervor, daß alle Vorwürfe, die man dem Kolportage-Buchhandel gemacht hat, im wesentlichen unbegründet sind. Es haben sich vorgesunden an religiösen und Erbauungsschriften 79, an staatswissenschaftlichen 86, Vorlesungs- und Naturwissenschaften 178, Kunst-, Gewerbe- und Sprachwissenschaften und Lexika zusammen 180, Prachtwerke, Unterhaltungsliteratur, Klassiker 220. Dazu kommen noch die Reclam-Ausgaben mit über 800 Nummern u. s. w. Dagegen war die Romanliteratur nur mit 88 Nummern vertreten, gegenüber den 900, gegen die nichts einzutun ist. Es befindet sich u. a. unter diesen Druckwerken: Marquardsen, Staatsrecht, Mintz, Zivilprozeß u. s. w., also Herren, die hier im Stechstage sitzen, und zum Dank dafür will man die Kolportage-Buchhandlungen brotlos machen. Die Lieferungsverträge können nicht anders als durch die Kolportage unter das Publikum gebracht werden. Auch viele Sortimente haben schon angefangen, Kolporturen zu lassen. Das würde diese Bestimmung unmöglich machen. Sie schädigen damit den Mittelstand, indem Sie eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Verleger verhindern, an der Produktion teil zu nehmen. Auch auf die Schriftsteller, die eigentlich produzieren, ist Rücksicht zu nehmen, welche nicht nur auf Kommando der großen Firmen schreiben, sondern ihrer eigenen Meinung Ausdruck geben wollen. Hat drei Viertel der gesammelten Buchdruckerei „Welt“ wird auf Kolportage betrieben, diese Bestimmungen verhindern aber das lohne Geschäft. Herr Heine will den Gesamtpreis des Werkes auf dem Umschlag der Lieferungen drucken lassen. Würde er als Verleger die Zahl der Lieferungen einer Gesamtsumme feststellen können bei der eigenartigen Fruchtbarkeit des Reichstages? Jetzt schon muß der Kolporteur der Polizeibehörde ein Verzeichniß seiner Artikel einreichen. Gerade die katholische Literatur wird aber vielfach am Rhein, in Baden die Kolportage ohne Gewerbeschein betrieben. Ich erhielt aus Baden eine Posteingangsliste mit dem Vermerk: Ich bitte nochmals um 500 von Ihren schönen Kalendern, mit Gottes und des Herrn Wackers Hilfe werde ich sie verkaufen. (Heiterkeit.) Die Unterschrift war E. V. Z., Polizeidirektor; der Mann hatte sich an die falsche Adresse gewandt, er wollte den Kalender Maria Lourdes; ein Kollege von mir wird sie ihm geschickt haben. So geht es in Zentrumskreisen zu. Ein religiöser Polizist wird dem Kolporteur naturwissenschaftliche Werke, ein städtischer Polizist Goethe und Heine aus dem Verzeichniß streichen (Heiterkeit), ein sparsamer Theuer Schrift (Heiterkeit); auch ohne Angabe von Gründen. In Berlin sollte eine Schrift erklärt werden, weil auf dem Umschlag städtisch und religiöse anstößige Schriften verzeichnet ständen. Das Verwaltungsgericht verfügte auf die Beschwerde, für den Ausschluß einer Druckschrift von der Kolportage sei es keineswegs erforderlich, daß ihr Inhalt unsittlich oder irreligiös sei, es genüge, wenn auf dem Umschlag des Druckschriften angepriesen werden, deren Titel in Verbindung mit der Person des Verfassers städtisch und religiös anstößig gefunden wird. (Hört! Hört! links.) Auf dem Umschlag dieses Buches hier stehen Angebote von Schriften über den Sozialismus lediglich mit Titel und Namen des Verfassers. Was hat das mit Unsitlichkeit und Irreligionität zu thun? Leute, die ehrlich ihren Erwerb aussuchen, werden so chikanirt; der § 56 hat sich in den Händen der Polizisten zu einem wahren Großen Unfug-Paragraphe entwickelt (Sehr richtig!), den man aus der Gewerbe-Ordnung wieder herausbringen muß. Stimmen Sie für den Antrag Schmiede! (Beifall.)

Abg. Payer (süddeutsche Vp.): Wenn die Herren nicht von vornherein für das Verbot des Haustierhandels mit Sämereien und Blumenzweihen gewesen waren, die heute gehörten Begründungen wären nicht geeignet, die Vorrichtung zu begründen. Wenn jemand einen großen Wald ansetzen und mehrere Hektare bepflanzen will, dann wird er sich an eine Großhandlung wenden, welche mit einer Kontrollstation verbunden ist. Aber diese großen Handlungen sind doch nicht die Konkurrenten des Haustiers. Der Haustier ist der Abnehmer dieser Großhandlungen. Und worum handelt es sich denn? Die Frau wird für 10 Pf. Kleidungsstücke, die Tochter für 10 Pf. Lebkuchenfamilie und der materialistisch gesinnte Vater wird sich für 10 Pf. Kettigfamilie kaufen. (Heiterkeit.) Und da sollen die Leute sich erst an eine große Zentralstation wenden. (Große Heiterkeit.) An dieser Sorte von Handel haben die landwirtschaftlichen Vereine auch kein großes Interesse; das liegt auch garnicht in ihrer Aufgabe und sie würden einem solchen Verlangen entgegenhalten, daß sie nicht der Bundesrat sind, welchem wir alle die Dinge zuweisen, welche wir selbst nicht fertig bringen wollen. (Heiterkeit.) Wegen eines solchen Konflikts, der sich in der Höhe von Pfennigen bewegt, begiebt man sich nicht in die Stadt. Das die Landesregierungen eine Ausnahme machen können, reicht nicht aus, denn die Leute, die ich im Auge habe, halten sich nicht blos in Württemberg auf, sondern gehen durch das ganze Reich. Diese Händler halten sich lediglich dadurch, daß sie seit Jahrzehnten, ja durch verschiedene Generationen hindurch das Vertrauen der Kundschäften genießen und weil sie die lokalen Bedürfnisse berücksichtigen. (Sehr richtig! links.) Es wird auch manchmal vorkommen, daß ein Samen nicht aufgeht; aber die Sämereien der Kontrollstationen gehen auch nicht alle auf! (Heiterkeit.) Ist wirklich diese Beschränkung im Interesse des Haustierhandels? Wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir kein Recht überhaupt einzutreten.

Badischer Gesandter Dr. v. Jagemann: Im Bundesrat hat über diese Frage eine sehr geringe Meinungsverschiedenheit bestanden. Die badische Regierung nimmt einen großen Anteil an dieser Bestimmung. Wenn es sich blos um Rebeda- und Kettigfamilie handeln würde, dann wäre die Bestimmung nicht notwendig. Es handelt sich aber darum, landwirtschaftliche Verbesserungen herbeizuführen, nach denen wir mit Staatshilfe und Genossenschaftshilfe streben. (Lachen links.) Ich erinnere an den Weinstock, der vor der Phylloxera遭droht ist. Bäume, die einige Stunden unterwegs sind, laufen Gefahr kaput zu gehen; (Heiterkeit), sie sind also kein Gegenland des Haustierhandels. Für die Sämereien ist die Spalte noch viel wichtiger. Bäume und Sträucher kann man durch die Beschränkung vielleicht als branchbar oder unbrauchbar erachten. Bei den Sämereien aber handelt es sich um eine Vertragsfamilie. Ich will den Haustieren nicht alle Auverlässigkeit absprechen,

Überall allgemein den Haushandel mit Sämerien als richtig zu gestatten, das ist nicht möglich. Da fehlt mir das Publikum dem größten Nutzen aus. (Lärm und Geschrei.) Bei den Gütern handelt es sich um chemische Zusammensetzungen, wo auch die Fällungen bereits eingetragen haben.

Abg. Schädler (3.): Herr Pöner hat bewiesen, daß er wieder gehandelt ist; er hat aber nicht das richtige getroffen; denn es handelt sich nicht bloß um Kleider- und Bettsgüter. Die geistreiche Käferie des Herrn Mundel war überflüssig, denn an den Bestimmungen über die Kolportage wird ja im allgemeinen nichts geändert; sie wird nicht totgeschlagen; es hat aber auch niemand unter den bisherigen Bestimmungen gelitten und wird niemand darunter leiden, daß auf Lieferungswegen der Preis verzeichnet sein muß.

Abg. Schneider (1. Kl.): Der Vorredner hält die Rede des Herrn Mundel für überflüssig; er hat nur übersehen, daß wir die ganzen Bestimmungen über die Kolportage einschließlich des ganzen Druckchristen-Verzeichnisses bestätigen wollen. Der Haushandel ist schon in verschiedenen Bezirken erheblich zurückgegangen, so daß kein Grund vorliegt, diesen Rückgang noch lärmäßig zu beschleunigen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. von Strombeck (3.), in welcher er bestreitet, daß bezüglich des Handels mit Sämerien Nutzug vorgekommen sei, wird die Diskussion geschlossen.

Abg. v. Stumm bemerkt persönlich, daß er niemals empfohlen habe, einen Vertrag abzuschließen, wonach die Arbeitgeber die Arbeiter zu einem bestimmten politischen Glaubensbekenntnis verpflichten. Er entläßt jeden Sozialdemokraten aufgrund des Kündigungsbuchs und daraus werde ihm in Zukunft weder das bürgerliche Gesetzbuch noch Herr Mundel behindern.

Der Antrag Hühne wird angenommen, alle übrigen Anträge werden abgelehnt. Artikel 11 wird mit dem Antrag Hühne angenommen.

Es folgt ein Artikel 11a, der von den Abg. Grüüber, von Holleußer, Hühne und Jacobstötter in folgender Form vorgeschlagen wird: „Im § 56a der Gewerbe-Ordnung wird hinter Besser & folgende Bestimmung hinzugefügt: 4. Das Ausuchen von Bestellungen sowie der Abschluß von Geschäften, bei denen Waren gegen Theilzahlungen unter dem Vorbehalt veräußert werden, daß der Veräußerer wegen Nichterfüllung der dem Erwerber obliegenden Verpflichtungen von dem Vertrage zurücktreten kann.“ Diese Bestimmung findet auch Anwendung auf Gewerbetreibende, welche in Gemäßigkeit des § 44 Warenbestellungen aussuchen.“

Dadurch soll das Abzahlungsgeschäft vollständig vom Haushandel ausgeschlossen werden.

Die Abg. Hühne und Grüüber (3.) empfehlen den Antrag, während

Ministerialdirektor v. Wöhlte und Abg. Hesse (nach) einige Bedenken geltend machen, letzterer namentlich gegen den zweiten Satz.

Art. 11a wird angenommen.

Art. 12 bestimmt, daß in Ergänzung des § 56b neben dem Bundesrat die Landesregierungen die Besugnis haben sollen, bezüglich der in der neuen Nr. 10 bezeichneten Gegenstände das Einberufen im Umherziehen zu gestalten.

Herner fordert die Landesregierungen auf bestimmte Dauer den Handel mit Schweinen, Siegen oder Geflügel im Umherziehen untersagen oder Beschränkungen unterwerfen können.

Den Antrag v. Strombeck zu diesem Artikel haben wir bereits bei Art. 11 mitgeteilt.

Außerdem beantragt Abg. Schädler, daß auch der Handel mit Rindvieh unterstellt werden kann.

Herner will Abg. Hahn, daß der Handel mit Vieh und Geflügel auch von der Beibringung von Herkunfts- und Gesundheitsattesten abhängig gemacht werden kann.

Nachdem Abg. von Strombeck seinen Antrag namentlich mit dem Hinweis auf die Spießensklöppeli begründet hatte, bemerkt Staatssekretär von Bötticher, daß Spießen keine Drucksachen, sondern Textilsabrikate sind.

Die Abg. Hahn und Schädler begründen und empfehlen ihre Anträge, welche von Abg. von Salisch als nicht ganz unbedenklich bezeichnet werden.

Die Anträge des Abg. von Strombeck werden gegen eine große Minderheit abgelehnt; der Antrag Schädler wird dagegen angenommen und mit ihm der ganze Artikel.

Angenommen wird ohne Debatte ein von den Abg. Grüüber und v. Holleußer beantragter neuer Artikel 12a, wonach Wanderversteigerungen nur bei Waren gesetzlich sein sollen, welche dem rätschen Verderben ausgesetzt sind.

Die Artikel 13 und 15 betreffen die Versagung des Wandergewerbescheines, und zwar ersterer die Fälle, wo die Versagung erfolgen muss, der letztere die Verlegung erfolgen darf. Die Vorlage will als Versagungsgrund hinzufügen: „Land- oder Haussiedlungsbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.“ Die Versagung muß erfolgen, wenn die Freiheitsstrafe drei Monate betragen hat; sie darf erfolgen, wenn sie eine Woche (bisher sechs Wochen) betragen hat.

Abg. Lenzenmann will den jüngsten Zustand aufrecht erhalten.

Nachdem Direktor Wöhlte und Abg. v. Stumm sich gegen den Antrag Lenzenmann ausgesprochen, wird dieser abgelehnt und die Artikel 13 und 15 nach der Vorlage angenommen.

Nach Art. 14 kann dem Nachsuchenden der Hausschein versagt werden, wenn er das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Abg. v. Strombeck (3.) will Minderjährige den Hausschein für den Fall gewähren, daß sie oder ihre Familie durch die Verlegung in Not gerathen.

Abg. Vogtherr (Soz.) gibt zu bedenken, ob man hier laufende und ablaufende von ehlichen Gewerbetreibenden, an welche der Staat und namentlich der Militarismus' Ansprüche stellen, mit einem Federstrich erwerblos machen wolle.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch der Abgeordnete Schneider und Direktor Wöhlte. Der Antrag Strombeck wird abgelehnt und Artikel 14 unverändert angenommen.

Artikel 16 wird mit einem Amendment Lenzmann angenommen; danach fann das Heilbleten von Gegenständen durch Kinder unter 14 Jahren verboten werden.

Artikel 17 und 18 (Strafbestimmungen) und die Artikel 19 und 20 werden ebenfalls angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Vorlage beendet.

Schluss 6½ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Initialanträge.)

Aus dem Reichstage.

Aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch standen die Bestimmungen über den Arbeitsvertrag zur Verhandlung. Der Entwurf kennt den Namen Arbeitsvertrag, sowie die Begriffe Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Arbeiter überhaupt nicht. Er spricht vielmehr von einem „Dienstvertrag“, von „Dienstberechtigten“ (d. h. Arbeitgeber) und „Dienstverpflichteten“ (d. h. Arbeitern). Der Entwurf macht nun lediglich die aus dem auf der Slavenwirtschaft beruhenden römischen Recht herstammenden Unterschiede, ob der Erfolg einer Arbeitseistung (z. B. Herstellung, Bau eines Hauses u. dergl.) — „Wertrvertrag“ — oder ob lediglich „Dienst“ — „Dienstvertrag“ — durch den Vertrag vereinbart werden. Eine Auslegung darüber, was ein „Dienst“ oder was „Wertrvertrag“ sei, findet sich im Gesetz nicht. Es sollen in den §§ 604—620 alle Verhältnisse, in denen „Dienst“ geleistet werden, geregelt werden, mögen diese Dienste für ein gewerbliches und wirtschaftliches Unternehmen, für eine häusliche Gemeinschaft oder für einzelne außerhalb einer häuslichen, wirtschaftlichen oder gewerblichen Unternehmung geleistet sein gleichgültig, ob gewerbliche Gehilfen, Aufwartefrauen, Rechtsbedienstete, Arzte, Lehrer, Dienstmänner, Prediger oder wer sonst Dienste ihres Gewerbes oder Berufes leisten. Der Entwurf bewahrt jedoch in gewissem Sinne unbewußt die Behauptung des kommunistischen Manifests: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Schen betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligsteins entlebt. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Hingegen überblickt der Entwurf vollkommen, daß das Charakteristische der heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist, daß der Arbeiter seine eigene Arbeitskraft als Ware für das Gewerbe, für den Nutzen eines anderen verwendet und daß infolge dieses, unserer Epoche von der auf Slavenherrschaft beruhenden römischen Wirtschaftsweise unterscheidenden Merkmals es erste Ausgabe des Gesetzes sein muß, diese Reihe Arbeitsverträge zu regeln.

Ferner die Landesregierungen auf bestimmte Dauer den Handel mit Schweinen, Siegen oder Geflügel im Umherziehen untersagen oder Beschränkungen unterwerfen können.

Den Antrag v. Strombeck zu diesem Artikel haben wir bereits bei Art. 11 mitgeteilt.

Außerdem beantragt Abg. Schädler, daß auch der Handel mit Rindvieh unterstellt werden kann.

Herner will Abg. Hahn, daß der Handel mit Vieh und Geflügel auch von der Beibringung von Herkunfts- und Gesundheitsattesten abhängig gemacht werden kann.

Nachdem Abg. von Strombeck seinen Antrag namentlich mit dem Hinweis auf die Spießensklöppeli begründet hatte, bemerkt Staatssekretär von Bötticher, daß Spießen keine Drucksachen, sondern Textilsabrikate sind.

Die Abg. Hahn und Schädler begründen und empfehlen ihre Anträge, welche von Abg. von Salisch als nicht ganz unbedenklich bezeichnet werden.

Die Anträge des Abg. von Strombeck werden gegen eine große Minderheit abgelehnt; der Antrag Schädler wird dagegen angenommen und mit ihm der ganze Artikel.

Angenommen wird ohne Debatte ein von den Abg. Grüüber und v. Holleußer beantragter neuer Artikel 12a, wonach Wanderversteigerungen nur bei Waren gesetzlich sein sollen, welche dem rätschen Verderben ausgesetzt sind.

Die Artikel 13 und 15 betreffen die Versagung des Wandergewerbescheines, und zwar ersterer die Fälle, wo die Versagung erfolgen muss, der letztere die Verlegung erfolgen darf. Die Vorlage will als Versagungsgrund hinzufügen: „Land- oder Haussiedlungsbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.“ Die Versagung muß erfolgen, wenn die Freiheitsstrafe drei Monate betragen hat; sie darf erfolgen, wenn sie eine Woche (bisher sechs Wochen) betragen hat.

Abg. Lenzenmann will den jüngsten Zustand aufrecht erhalten.

Nachdem Direktor Wöhlte und Abg. v. Stumm sich gegen den Antrag Lenzenmann ausgesprochen, wird dieser abgelehnt und die Artikel 13 und 15 nach der Vorlage angenommen.

Verträge umfassenden Arbeitsverträge fehle, die Beratung über die Gestaltung, wie sie sozialdemokratischseits beantragt ist, gefährde das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, mindestens würde eine erhebliche Verzögerung eintreten. Dr. v. Buchholz (C.) warnt vor dem sozialdemokratischen Zukunftstaat. Dr. v. Guyn und Gneccutio geben dem Brauen einiger Arbeitgeber vor Regelung im Sinne der gestellten Anträge Ausdruck. Frohme und Stadthagen betonen: Wenn in der Kommission eine Einigung nicht erfolge, so würde ja lediglich die Verlegung im Plenum verzögert werden. Wenn 22 Jahre nicht hingereicht haben, um den Hauptrichter einzuhelfen, einheitlich regeln zu können, so sei dies bedauerlich und zeige klar, daß der Theil der Gesetze, der das arbeitende Volk betreffe, einheitlich nicht geregelt werden solle. Es sei geradezu beschämend, wenn in einer Wirtschaftsperiode, die auf „freier Arbeitskraft“ beruhe, daß bürgerliche Gesetzbuch nicht einmal im Stande sei, die allgemeinsten Regeln für diese Verträge einheitlich zu schaffen, die für 96 Prozent der Bevölkerung von der allerhöchsten Bedeutung seien. Dann liege aber in Wahrheit kein einheitliches Gesetzbuch, sondern das Geständnis zur Unfähigkeit zu einem solchen vor. Der Antrag der Genossen wurde darauf abgelehnt und § 604 des Entwurfs angenommen. § 604 lautet: „Eine Vergütung gilt als füllschweig vernebt, wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist bei dem Bestehen einer Tasse die tagmäßige Vergütung, in Erwartung einer Tasse die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.“

Als § 604a beantragen Frohme und Stadthagen einzuschalten: „Vereinbarungen, durch welche Arbeitern die Verpflichtung aufzeigt wird, bestimmten politischen, gewerkschaftlichen oder religiösen Vereinigungen nicht anzugehören oder aus denselben auszutreten, sind ungültig. Desgleichen sind Vereinbarungen ungültig, durch die für den Fall der Zugehörigkeit zu einer derartigen Vereinigung Konventionalstrafen festgesetzt werden.“ Der Antrag wird von allen mit Ausnahme des sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Auch die Freisinnigen stimmen gegen diesen Vorschlag, wiewohl selbst regierungsspezifisch zugegeben wird, daß meist solche Vereinbarungen als gegen die guten Sitten verstörend ungültig sind. § 605 des Entwurfs lautet: „Wer zur Leistung gewisser Dienste öffentlich bestellt ist oder sich öffentlich erboten hat, ist, wenn er einen auf solche Dienste gerichteten Auftrag nicht annimmt, verpflichtet, die Ablehnung des Auftragstellers unverzüglich anzugeben. Das gleiche gilt, wenn sich jemand dem Auftragsteller gegenüber zur Leistung gewisser Dienste erboten hat.“ Unsere Genossen schlagen vor, daß die Redaktionskommission darauf Bedacht nehme, daß im ersten Satz klarer ausgedrückt werde, daß in erster Reihe die Verkehrsmitte bestimmt sein soll, und daß ferner zum Ausdruck gelange, daß die §§ 309 und 310 des Entwurfs (Bestimmung nach billigem Gewissen des Arbeiters) auch auf den Arbeitsvertrag Anwendung finden sollen. Mit diesen Maßnahmen wird § 605 angenommen. Als § 605a schlagen Frohme und Stadthagen mit Rücksicht auf die bekannten Entscheidungen des Reichsgerichts zu § 283 Str.-G.-B. (Erpressung) vor: „Das Ersuchen um Arbeitsaufstellung unter bestimmten Arbeitsbedingungen darf nicht als widerrechtlicher Vermögensvorbehalt erachtet werden.“ Es wird anerkannt, daß die Justizstube des Reichsgerichts, die als Erpresser Arbeiter bestraft hat, die in Streikfällen den widerrechtlichen Vermögensvorbehalt einer Beschäftigung unter bestimmten Bedingungen durch Drohung zu erreichen suchten, höchst bedeutsam sei. Dieser Rechtsprechung entgegenzutreten, sei jedoch hier nicht der Ort. Der Antrag wird abgelehnt. § 606 bestimmt: „Der zur Dienstleistung Verpflichtete hat die Dienste im Zweifel in Person zu leisten. Der Anspruch auf die Dienste ist im Zweifel nicht übertragbar.“ Er wird unter Ablehnung eines Antrages Frohme-Stadthagen angenommen. Als § 606a beantragen Frohme und Stadthagen einzuschalten: „Für die Entrichtung des Lohnes hält derjenige, in dessen Nutzen die Arbeitskraft vom Arbeitgeber verwendet ist.“ Stadthagen legt dar, daß durch Annahme dieses Antrages insbesondere Bauschwindlern, schwindsüchtigen Zwischenunternehmern, besonders ausbeutungslustigen Kapitalisten das Handwerk gelegt und dem Grundfach etwas Rechnung getragen werden würde: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert; fremde ungezahlte Arbeit darf niemand für sich in Anspruch nehmen.“ Der Antrag bezweckt Erweiterung der Verhinderung ungerechtfertigter Bereicherung. Die Abg. Grüüber und Bachem (3.), v. Ziembowski (Pole), v. Benuigsen (nach) anerkennen, daß in dem Antrage ein berechtigter Kern stecke, er gehe aber zu weit und sei besser bei Erledigung des Abschnittes über „unberechtigte Bereicherung“ zu erledigen, zumal er plötzlich eine weittragende Frage anscheide. Frohme und Stadthagen stellen hierauf den Antrag bis zur Beratung des betreffenden Abschnittes zurück. Es wird dann über einen Antrag Grüüber, der einen neuen § 606a will, zu beraten beginnen. Die Beratung muß wegen bereits eingetretener Beginns der Plenarsitzung um 1½ Uhr vertagt werden. Die nächste Sitzung findet am Freitag um 10 Uhr vormittags statt.

Kleine Chronik.

Leipzig, 12. März.

= Von der Freien Volksbühne in Berlin. Nachdem durch Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts der Freien Volksbühne in Berlin der Charakter eines Vereins genommen worden ist, wurde am 9. d. M. die Auflösung beschlossen. Das Vermögen von nicht ganz 1000 M. ist zu gleichen Teilen der sozialdemokratischen Partei, der Arbeiterbildungsschule und den streikenden Textilarbeitern in Kottbus überwiesen worden.

= Lustiges von Felix Faure's Reise. In Toulon, so erzählt der Pariser Briefbeschreiber der Volkszeitung, boten Sozialisten Herrn Faure einen großen Totenkranz aus Strohblumen, den er annahm. In Toulon empfingen sie ihn nicht mit rot behärbten Umsturzähnen, sondern auch mit einem Trauermarsch. Nebenall erfreuten sie ihn durch Hochrufe auf Herrn Bourgeois und das Kabinett und den Schrei: „Nieder mit dem Senat!“ In Marseille besuchte Herr Faure das städtische Krankenhaus. Als er in einen Saal der Frauenabteilung trat, ergriß eine junge Kranken ein Messer, das man ihr gelassen hatte, und stach es sich in die Brust, wobei sie schrie: „Meine Schmerzen sind zu arg! Ich kann sie nicht ertragen. Ich bringe mich um.“ Herr Faure erschrak sehr. Er blieb mit offenem Munde am Bett der Verwundeten stehen, während Ärzte und Pflegerinnen sich um sie beschäftigten, die das Messer aus der Wunde rissen, diese untersuchten und verbanden und eifrig auf sie losredeten. Die Verwundung war nicht lebensgefährlich, wie der behandelnde Arzt gleich feststellen konnte.

Herr Faure entfernte sich von dem Bett mit den Worten: „Sie werden die Kranken hessen. Ich rechte darauf. Und Sie werden ihr kein Messer lassen. Das ist unvorsichtig.“ Im Stadthause von Marseille empfing Herr Faure den Bischof, auf dessen Vergrüßungsansprache er mit leichter Stimme einige der üblichen allgemeinen Redensarten erwiederte. Plötzlich erblickte er einen Geistlichen, der die Worte des Präsidenten nachschrieb. Wie sich später herausstellte, war dies ein Sekretär des Bischofs, zu dessen Obhut gehörte. Die Herausgabe der Bischofs-Kirchenzeitung gehört. Herr

Sie mit Ihrem Schreiben aufgehört haben, Herr Abg., werde ich weiterreden.“ Der so rauh angeblasene Geistliche erwiderte und verneigte sich schweigend, und der Bischof trat verlegen nach einem kurzen Gruße den Rückzug an. Im großen Hörsaal der medizinischen Schule von Marseille wurde Herr Faure mit Scharren und Johlen begrüßt. Die Studenten wollten, daß die Schule zur Fakultät erhoben und die Fakultät durch Hinzufügung der übrigen Fakultäten zur Universität ausgestaltet werde.

Die Bestimmungen des Gesetzes für die amerikanische Bourgeoisie. Aus London wird uns vom 10. März geschrieben: Ballington Booth, der abtrünnige Kommandant der Hellsarmee in Amerika, hat sein eigenes Banner aufgepflanzt und eine neue kirchliche Organisation gegründet, die nicht für die Kinder der Gottes- und die Bewohner des Slums (Spukunterkünften) berechnet ist, sondern der Bourgeoisie und den aufgezogenen Handwerkern den Weg zum Himmel zeigen soll — für bares Geld. V. Booth ist nicht unbedingt wichtiger Art mit den Worten beginnt: „Ich weiß.“ Er weiß, daß Marseille einen großen Schiffsvorlehr hat, der noch größer wäre, wenn der Handel nicht daneben läge; „er weiß“, daß die Geistlichkeit von Marseille vaterländisch gesinnt ist; „er weiß“, daß die Freimaurer von Toulon gute Bürger sind; „er weiß“, daß Frankreich auf seine Flotte rechnen kann etc. etc.

= Eine neue Heilsarmee für die amerikanische Bourgeoisie. Aus London wird uns vom 10. März geschrieben: Ballington Booth, der abtrünnige Kommandant der Hellsarmee in Amerika, hat sein eigenes Banner aufgepflanzt und eine neue kirchliche Organisation gegründet, die nicht für die Kinder der Gottes- und die Bewohner des Slums (Spukunterkünften) berechnet ist, sondern der Bourgeoisie und den aufgezogenen Handwerkern den Weg zum Himmel zeigen soll — für bares Geld. V. Booth ist nicht unbedingt wichtiger Art mit den Worten beginnt: „Ich weiß.“

Die Beratung im Weltall. Für das menschliche Fassungsvermögen ist es sehr schwer, sich von den ungeheuren Entfernung zwischen zwei Himmelskörpern eine richtige Vorstellung zu bilden. Ein telegraphischer Strom braucht eine Sekunde dazu, um siebenmal um die Erde zu gelangen. Hier nach würde man in nur einer Sekunde ein telegraphisches Zeichen nach dem Monden gelangen lassen können, bis zur Sonne in ungefähr acht Minuten. Auf den Erden am nächsten stehende Fixsternen, Stern Alpha im Centaur, würde eine telegraphische Nachricht erst nach vier Jahren gelangen. Es bleibt aber auch Fixsterne, welche heute noch nicht die Nachricht von der Entdeckung Amerikas erhalten hätten, falls diese damals auf telegraphischem Wege an sie abgesandt worden wäre, und andere Sterne sind so weit entfernt, daß sie von der Erde aus nicht mehr gesehen werden können, deren Dasein jedoch die Photographie nachweist. Diese Sterne könnten noch nicht

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. bis mit 7. März 1896.

Standesamt II.

(Ankunft die Stadtteile Neudörfel, Ander-Grottenbörse, Völkmarsdorf, Sellerhausen, Neusellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg.)

Geschlechungen: Herzog, Karl Louis, Markthelfer in Neudörfel, mit Reinhard, Auguste Luise Wilhelmine, in Leipzig. — Albrecht, Karl Wilhelm, Schuhmacher in Neudörfel, mit Güttner, Anna Henriette, in Leipzig. — Dörband, Friedrich Theodor Emil, Silberarbeiter in Leipzig, mit Kell, Hélène Martha, in Neudörfel. — Wedemann, Friedrich Hermann, Fabrikarbeiter, mit Fischer, Johanna Martha Rosa, in Sellerhausen. — Dietrich, Karl Friedrich Rudolf, Buchbinder, mit Gabler, Auguste Bertha, in Ander-Grottenbörse. — Greiner, Karl Richard, Notensiecher in Neuschönfeld, mit Wurst, Henriette Bertha, in Völkmarsdorf. — Mühlner, Alwin Emil, Zimmerer in Stünz, mit Kahle, Anna Marie, in Sellerhausen. — Rosenheinrich, Otto Richard, Schuhmacher in Neudörfel, mit Matting, Amalie Lida, in Leipzig. — Hartmann, Friedrich Otto, Maurer in Völkmarsdorf, mit ges. Seling, geb. Kühler, Wilhelmine Maria Amalia, in Ander-Grottenbörse. — Eisfeld, Heinrich Gustav, Posthilfsbot, mit Bone, Emilie Martha, in Schönfeld. — Kühn, Paul Richard, Maschinenschlosser, mit Naumann, Flora Selma, in Völkmarsdorf. — Berg, Woldemar, Handarbeiter in Leipzig, mit Hennig, Emma Marie, in Neuschönfeld. — Gärnecke, Eduard Hermann, Lehrer, mit Kaufmann, Anna Luise Wilhelmine, in Berthelsdorf. — Zusammen 14.

Geburten: Kunze, Theodor Arthur, Schlossers T. — Beckhof, Karl Gustav, Handarbeiter T. — Kirchner, Augustin, Maschinfabrikantens S. — Winter, Georg Paul, Maschinistens S. — Heinrich, gen. Heclan, Gustav Adolf, Schneiders S. — Maßche, Ernst Friedrich Louis, Schriftschiebers T. — Hünger, Otto Alfred, Markthelfers S. — Fischer, Friedrich Adolf, Tischlers T. — Beckhof, Gustav Robert, Handarbeiter S. — Hartmann, Moritz Hermann, Handarbeiter S. — Schleicher, Karl Franz August, Lagerhalter S. — Bösch, Friedrich Louis, Schirrmasters T. — Kühn, Wilhelm Clemens, Bäders T. — Gundelach, Ernst Konrad Louis, Maschinfabrikantens T. — Fehrer, Friedrich Hermann, Zimmerer S. — Richter, Friedrich Theodor, Diakonus S. — Kluß, Karl Rudolf, Fleischermeisters S. — Grob, Eduard, Steinmeijens T. — Engelmann, Hermann Oswald, Bussifiers S. — Kortel, Ernst Otto, Dekorationsmalers T. — Waller, Hermann Gustav, Schriftschiebers S. — Derlas, Johann Heinrich Hermann, Formers S. — Höppner, Emil Ernst Wilhelm, prast. Arztes Dr. med. T. — Fischer, Louis Otto, Markthelfers S. — Grunert, Karl Wilhelm Otto, Handarbeiter S. — Genrich, Hermann Edmund, Steinmeijens T. — Ackermann, Friedrich Hermann, Maschinembauers S. — Jachning, Guido Adolf, Lagerstiens S. — Gehlert, Gustav

Adolf, Graveurs T. — Wiegand, Heinr. Emil Ludwig, Bussifiers S. — Klostermann, Karl Friedrich Aug., Maurers S. — Schneeweiss, Karl Julius, Maurers S. — Luther, Karl Ludwig, Bahnarbeiter T. — Bäck, Friedrich Otto, Bäckmeisters S. — Aldemann, Ernst Karl Friedrich, Redakteurs T. — Burghardt, Herm. Heinrich, Comptoirtiers T. — Schuster, Friedrich Theodor, Posthilfsbotens S. — Lange, Karl Edmund, Maschinembauers S. — Busch, Ferdinand Theodor Oskar, Schlossers S. — Moth, Wenzl, Preßvergolder T. — Hanisch, Joseph, Handarbeiter S. — Seifert, Karl Heinrich, Schneidermeisters S. — Schilling, Karl Wilhelm, Handarbeiter S. — Rösser, Gustav Hermann, Fabrikarbeiter S. — Reichel, August Hermann, Buchdruckers S. — Becker, Max Karl Gustav, Lithographens T. — Claus, Bruno Magnus, Monteurs T. — Ackermann, Heinrich Ernst, Markthelfers S. — Eichmann, Karl Alwin, Schlossers S. — Baatz, Paul Richard Oskar, Schlossers T. — Beyer, Herm. Oskar, Schlossers S. — Dörband, Friedrich Theodor Emil, Silberarbeiter T. — Lehmann, Karl Hermann, Telegraphenarbeiter T. — Schubert, August Bernhard, Tischlers S. — Winkler, Karl Hermann, Eisenbahnhofsmalers S. — Thomas, Karl Wilhelm, Rohstoffsabhänglers S. — Kloß, Ferdinand Emil, Lokomotivführers T. — Wöhner, Friedrich August, Handarbeiter S. — Heißplung, Karl Hermann May, Musikers S. — Böttcher, Friedrich Albert, Klempners S. — Krakowski, Simon, Schneiders S. — Weimer, Otto Hermann, Handarbeiter S. — Schmidt, Karl Franz, Lohnputzlers S. — Eisenhardt, Johann Gottlob, Handarbeiter S. — Körner, Friedrich Ernst, Pianofortebarbeiter S. — Gottschling, Michael, Handarbeiter S. — Albrecht, Oskar Reinhold, Handarbeiter S. — Raths, Johann Simon, Schriftschiebers T. — Meissner, Johannes, Silberarbeiter T. — Schlenz, Karl, Buchbinders T. — Süße, Max. Bruno Oskar, Schriftschiebers T. — Gündel, Hermann Emil Gustav, Schlossers S. — Lehmann, Friedrich August Rudolf, Schlossers S. — Grächen, Karl Hermann, Brauers S. — Przewloka, Karl Michael, Schneiders T. — Winkler, Bruno Richard, Dachdeckers S. — Henker, August Emil, Schriftschiebers S. — Engel, Heinrich Franz, Brauers S. — Wiener, Georg Maximilian Hugo, Wagenräders T. — Höpfl, Franz Alwin, Fabrikarbeiter S. — Sauer, Karl August, Bremers S. — Müller, Friedrich August, Lohnputzlers T. — Franke, Anton Eduard, Tischlers T. — Fehrer, Paul Otto Felix, Markthelfers T. — Stell, Richard Paul May, Markthelfers S. — Fritzsche, Friedrich Albert Karl, Bremers T. — Bernick, Ferdinand Adolf, Maurers S. — Zusammen 91 (einschließlich 4 uneheliche Geburten).

Gestorben: Kunz, Otto Kurt, Maurers S. — Müller, Friedrich Bernhard, Markthelfers S. — 2 J. 1 M. 22 T. — Böttger, Caroline Friederike geb. Leberecht, Schriftschiebers Wive, 73 J. 1 M. 23 T. — Reimann, Ernst Heinrich, Wachstucharbeiter, 46 J. 10 T. — Kriegel, Friedrich August, Uhrmacher, 60 J. 6 M. 3 T. — Uhlig, Anna Marie Ernestine, Polizeischiesswaffens T. — 8 M. 2 T. — Leonhardt, Johanne Christiane geb. Koch, Bahnarbeiter Wive, 80 J. 10 M. 4 T. — Schlegel, Georg Martin,

Bezirksausschefs S. — 8 M. 1 T. — Golles, Emanuel Walther Büchsenmachers S. — 6 M. 7 T. — Berthold, Max Felix, Schöpfers S. — 5 M. 4 T. — Schieferhöfer, Kurt Walther, Bahnarbeiter S. — 8 M. 7 T. — Wolter, Ernst Hugo, Kaufmanns S. — 15 T. — Großmann, Ida Anna, Maschinistens T. — 5 M. 16 T. — Dörr, Johanne Christiane Emilie geb. Eisert, Strumpfwirkers Wive, 78 J. 10 M. 7 T. — Uihmann, Hermann Martin, Schneider, 29 J. 5 M. 10 T. — Syrbe, Anna Ida Johanna, Fleischermeisters T. — 7 J. 10 M. 10 T. — Wüst, Anna Mathilde Elise, Privatmanns T. — 8 J. 6 M. 18 T. — Böck, Ludwig Gretchen, Schuhmachers T. — 2 M. 4 T. — Knechtlich, Richard Arthur, Arbeiters S. — 6 J. 25 T. — Maap, Wilhelm Robert Walther, Handarbeiter S. — 2 M. 4 T. — Feiling, Karl Wilhelm August, Heizer, 56 J. 11 M. 25 T. — Selsarth, Friedrich Otto, Schäfervirs S. — 9 T. — Mödje, Wilhelmine Pauline geb. Michaelis, Eisenbahnschaffners Wive, 51 J. 3 M. 8 T. — Lehmann, Karl Maria, Schriftschiebers S. — 2 J. 11 M. 8 T. — Schreiber, Friedrich Alfred Paul, Handarbeiter S. — 7 M. 21 T. — Bille, Mary Friederike, verw. gen. Hollmqvist geb. Kießlich, Böttchermeisters Wive, 69 J. 11 M. 9 T. — Vogel, Gertrud Hedwig Anna, Buchbinders T. — 14 T. — Schmidt, Anna Rosa, Agentens T. — 1 M. 18 T. — Nohberg, Karl Friedrich Wilhelm, Handarbeiter S. — 9 M. 23 T. — Hartmann, Anna Helene Marie, Buchhalters T. — 23 T. — Panis, Hermann Paul, Schuhmachers S. — 2 J. 8 M. — Stellin, Friedrich Karl, Ausläders S. — 2 J. 1 M. 4 T. — Köbel, Eugen Friedrich Albert, Tayerzlerer, 41 J. 8 M. 8 T. — Schreier, Sophie Henriette geb. Zähnchen, Körner, Friedrich Ernst, Pianofortebarbeiter S. — Gottschling, Michael, Handarbeiter S. — Albrecht, Oskar Reinhold, Handarbeiter S. — Raths, Johann Simon, Schriftschiebers T. — Meissner, Johannes, Silberarbeiter T. — Schlenz, Karl, Buchbinders T. — Süße, Max. Bruno Oskar, Schriftschiebers T. — Gündel, Hermann Emil Gustav, Schlossers S. — Lehmann, Friedrich August Rudolf, Schlossers S. — Grächen, Karl Hermann, Brauers S. — Przewloka, Karl Michael, Schneiders T. — Winkler, Bruno Richard, Dachdeckers S. — Henker, August Emil, Schriftschiebers S. — Engel, Heinrich Franz, Brauers S. — Wiener, Georg Maximilian Hugo, Wagenräders T. — Höpfl, Franz Alwin, Fabrikarbeiter S. — Sauer, Karl August, Bremers S. — Müller, Friedrich August, Lohnputzlers T. — Franke, Anton Eduard, Tischlers T. — Fehrer, Paul Otto Felix, Markthelfers T. — Stell, Richard Paul May, Markthelfers S. — Fritzsche, Friedrich Albert Karl, Bremers T. — Bernick, Ferdinand Adolf, Maurers S. — Zusammen 46 Todesfälle (einschließlich 7 uneheliche Kinder).

Durch gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Aussträgern wird darüber gestellt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Leser darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbetrag im vorans zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Filialen-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

Die Expedition.

Glacé-Handschuhe

„Marke Hundeleder“
für Damen u. Herren

Qual. II M. 1.45 | Extra M. 2.40
I. 1.90 | Durable „ 2.90

Doppelstepper Mk. 2.90 u. 3.50

Ziegenleder

Qual. II M. 2.90 | Qual. Ia M. 3.50
Extra M. 4.—

Kinder-Handschuhe in Glacé

2 Knopf 0.95, 3—4 Knopf M. 1.45.

Wasch- und Wildleder-Handschuhe

für Herren und Damen.

Uniform-Handschuhe

Reit- und Fahrhandschuhe

für Herren und Damen.

Stoff-Handschuhe
zu allen Preisen in den neuesten Genres.

Handschuhe

aus dänischem Leder
„Suedes“

4—8 Knopf lang, Qual. III | 4—8 Knopf lang, Qual. II
M. 1.45 | M. 1.90

4—8 Knopf lang, Qual. I M. 2.40.

Qualität „Grenoble“

4—8 Knopf lang, Iala	8—16 Knopf lang, Iala
M. 2.90	M. 4.50
6—12 Knopf lang, Iala	12—20 Knopf lang, Iala
M. 3.50	M. 5.50

Borrätig in allen modernen Farben.

Cravatten

aparte Neuheiten in grösster Auswahl
zu billigen Preisen.

Herrenwäsche, Hosenträger, Socken, Reismützen.

Seidene Tücher, Strümpfe für Damen und Kinder.

Strumpfgürtel.

Borös wasserdichte Havelocks.

Bei Entnahme von $\frac{1}{4}$ u. $\frac{1}{2}$ Dhd. derselben Sorte zirka 10 Prozent Preisermäßigung.

Conrad Grau

Petersstrasse 36.

Größtes Specialgeschäft für Handschuhe u. Cravatten.

Richard Otto

Münzberger Straße 27 Leipzig Münzberger Straße 27
Ende der Königstraße Ende der Königstraße
empfiehlt zur Frühjahrs-Saison seine unter eigener Leitung angefertigte

Herren- u. Knaben-Konfektion.

Konfirmanden-Anzüge von 15—35 Mark		
Herren-	20—50	"
Burschen-	12—36	"
Knaben-	4—20	"
Havelocks	15—35	"
Herren-Paletots	12—40	"
Burschen-	10—30	"
Knaben-	4—18	"

Einzelne Jacketts, Hosen und Westen.

Größtes Lager in

(1585)

Arbeitsgarderobe.

Blaue Sicherheits-Anzüge Qualität Prima	4 Mk.
" " " Segeltuch	5 "
" " " Pilot	6 "

Bestellungen nach Maß werden prompt und sauber ausgeführt.

Vollständige Garantie für gute Arbeit und beste Materialien.

Stosse-Verkauf zu Fabrikpreisen.



Haway-Honig

garantiert rein! von deutschem

Blüten-Honig

nicht zu unterscheiden, offeriert

pro Pfd. nur 75 Pf.

Marien-Drogerie

G. O. Heinrich (1818)

E. Plagwitz, Karl Heine-Str. 75.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt (1818)

E. Krieblér, E. Plagwitz

Weihenstephan Str. 61, Ende Weihenstephan.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Monatsgarderobe.

Empfiehlt allerfeinste Frühjahrs-

resp. Sommerüberzieher, kompl.

Anzüge, einzelne Jackets, Blusen-

kleider, z. C. nur Satzgähzchen 9, I.

(jede Größe.) J. Kindermann.

NB. Brätsch u. Gesellschafts-Anzüge auch teilweise.

1356

8 Immer elegant 8

und billig können sich alle Herren Kleiden.
Neue u. wenig getrag. Monatsgarderobe:

Anzüge, Frack, Hosen, Sommerüber-

zieher, Konfekt.-Anz., verlaufen verschl.

8 E. Brandt 8

I. Große Fleischergasse 1.

Glühkörper, à Stück 1 Mk.

Markt 3, Konradstrasse 35.

Herren- u. Knaben-Garderoben-Riesen-Ausverkauf

Leipzig, Reichsstr. 47 W. Palm Leipzig, Reichsstr. 47.

Auszug aus dem Preis-Liste:

Dauerhafte Arbeitshosen v. 1.80	% an	1738
Stoffhosen für Herren	2.70	"
Eleg. Herren-Hosen in Stoff	4.50	"
Westen	1.40	"
Herren-Anzüge in Stoff	9.50	"
Eleg. Herren-Cheviot-Anzüge, in Stoff, 2-reihig	18.25	"

Schneider-Artikel.

Zur Saison mache ich die Herren Interessenten auf meine Special-Handlung in Schneider-Artikeln ganz ergebnisst aufmerksam. Es ist mein Prinzip, nur gute Qualitäten preiswert zu verkaufen und betrachte ich es ferner als besondere Aufgabe, meine Kollektion immer reichhaltig und mit dem Neuesten auszustatten.

Special-Handlung für Herren Schneider-Artikel.

Heinrich Grimm, Leipzig, Neumarkt 20.

Photographisches Atelier von Pinkau & Gehler, Leipzig

Turnerstrasse 11, parterre

empfiehlt sich zur Aufstellung von Photographien (Porträts — 12 Vliestische 6 Mk. — Gruppen, Landschaften u. Industrie-Aufnahmen) in sauberer Ausführung. Aufnahmemeist täglich von früh 9 Uhr bis 4 Uhr nachmittags, Sonntags von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

1704

Wissen Sie's schon?

dass Sie auf einfache, beniente, und ganz billige Weise einen hochnoblen und dabei außerordentlich haltbaren Fußbodenanstrich erzielen, wenn Sie dazu den in kurzer Zeit so beliebt gewordenen stechdichten Bernsteinanstrich mit Farbe verwenden? Machen Sie einen Versuch! Sie erhalten diesen Lack am besten u. billigsten in der Marien-Drogerie, G. O. Heinrich, E. Plagwitz, Karl Heine-Str. 75.

Bei Entnahme von 5 Pfund Kakao, Schokolade, Biskuit durch Nabatmarken 1 Pfund gratis. Kaffee von Max Richter täglich frisch. Kakao, Schokolade von Zelde.

Ida Harttig, Kreuzstraße 37.

H. Nordheimer

Schützenstrasse 21

und

(1918)

Petersstrasse 48

empfiehlt als besonders preiswert:

Herren-Schäfleisch, bewährte Qualität 6.50,—	mit Doppelsohle 10.80,—
" Stieletten, glatt	5.—
" Promenaden-Schuhe	4.50
Damen-Leder-Zugstiefel	4.50
" Gaiting-Zugstiefel	3.50
" Leder-Promenaden-Schuhe	3.50
" Gaiting-Schuhe mit Gummi und englischem Absatz	2.—
" Ball-Schuhe, Gembleder	2.75
" " " Ledersohle	3.75

Ferner riesige Auswahl in den so sehr beliebten braunen Kinder-, Mädchen-, Damen- u. Herren-Stiefeln u. Schuhen zu den billigsten Preisen bei mir garantiert guten Qualitäten.

Konfirmanden-Stiefel sehr billig!



Gummiwaren

Bedarfsartikel

für Gesundheitspflege sowie viele Neuheiten empfiehlt Gustav Graf, jetzt

nur Burgstraße 14. (1146)

E. Holzmann

4 Königsplatz 4.

Billigste

Reparatur-Werkstatt.

Regulator, 1 Mtr. lang, Nussb. 12 Mk.

Silberne Remontoir-Uhren . . . 10

Nickel Remontoir-Uhren . . . 6

Goldene Damcn-Uhren . . . 18

Leser dieser Zeitung 10 Proz. Rabatt.

1. Schöne Goldfarben- oder Damenc-Monture. Taschenuhr, Antikrieg, genau gehend, zwei Jahre Garantie. Von edlem Golde, nicht zu unterteilen. 1. Schöne Goldfarben-Uhr, wie Montre. 2. Verlorenes (Abholung) vor Uhrzeit. 3. Taschenmesser mit 2 Alingen, Stahlblech, Glasdeckel, Glasscheibe. 4. Messerschärfere „Bilby“; jedes Messer wird nach 8 bis 10 maligem Durchschlagen scharf. 5. Thermometer, zeigt kein die Temperatur genau und verlässlich an. 6. Barometer (Wetter-Umreiter), zeigt die bevorstehende Witterung 24 Std. früher an. 7. englische Federwaage, wiegt bis 12½ kg. 8. herzliche Wand-Dekorationen. Bildkarten, Kunstdrucke darstellend in gemusterten Rahmen. 9. geschnittenen Mantelknoten mit Stecknadel. 10. geschnittenen Chemistennäpfe.

Alle 15 Stück zusammen nur Mk. 7.50.

Rückgew. Betrag zwisch. Verbrauch gegen Nachnahme oder vorherige Belohnungsendung durch die g

richtlich eingetragene Firma.

Endlich sind wir wieder in der Lage, unsere berühmte Germania-Collection zu den sehr billigen Preisen von nur Mk. 7.50 zu verkaufen und zum Kauf derselben und folgenden

15 Gegenstände:

1. Schöne Goldfarben- oder Damenc-Monture. Taschenuhr, Antikrieg, genau gehend, zwei Jahre Garantie. Von edlem Golde, nicht zu unterteilen.

1. Schöne Goldfarben-Uhr, wie Montre. 2. Verlorenes (Abholung) vor Uhrzeit. 3. Taschenmesser mit

2 Alingen, Stahlblech, Glasdeckel, Glasscheibe. 4. Messerschärfere „Bilby“; jedes Messer wird nach 8 bis 10 maligem Durchschlagen scharf. 5. Thermometer, zeigt kein die Temperatur genau und verlässlich an. 6. Barometer (Wetter-Umreiter), zeigt die bevorstehende Witterung 24 Std. früher an. 7. englische Federwaage, wiegt bis 12½ kg. 8. herzliche Wand-Dekorationen. Bildkarten, Kunstdrucke darstellend in gemusterten Rahmen. 9. geschnittenen Mantelknoten mit Stecknadel. 10. geschnittenen Chemistennäpfe.

Alle 15 Stück zusammen nur Mk. 7.50.

Rückgew. Betrag zwisch. Verbrauch gegen Nachnahme oder vorherige Belohnungsendung durch die g

richtlich eingetragene Firma.

Feith's Neuheiten-Vertrieb in Dresden-A. 9.

2. Beilage zu Nr. 59 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 12. März 1896.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenraume.

(Sitzung vom 11. März 1896.)

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete das Conto 1, Matschüte, über das Herr Baudirektor Favreau referierte. Es entspann sich über das Conto eine etwa zweistündige Debatte, über die wir unseren ausführlichen Bericht wegen Raumnotgels bis morgen zurückstellen müssen. Das Conto wurde nach den Ausschusshandlungen genehmigt und ein Antrag des Kanslerat Jähne, die Stadtverordnetenwahlen für die zweite Abteilung, anstatt wie bisher in einem Lokale, in mehreren Wahllokalen stattfinden zu lassen, angenommen. Stadtb. Pöllendorf (Soz.) stellte folgenden Antrag:

Das Kollegium wolle beschließen, an den Rat das Eruchen zu richten, alljährlich eine spezialisierte Aufführung über die Lohns- und Arbeitsverhältnisse der in städtischen Diensten befindlichen Arbeiter sowie über die Gehälter und die Dienststundenzahl der in den städtischen Büros und in den Büros des Polizeiamts beschäftigten Hilfsarbeiter an das Kollegium der Stadtverordneten gelangen zu lassen.

Auf Antrag des Stadtverordneten Dr. Pöllendorf wurde der Antrag Pöllendorf einstimmig zur Vorberatung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Das Conto der Markthalle und das Spezialbudget des Leihhauses und der Sparkasse wurden nach den Ausschusshandlungen genehmigt.

Die Matschüte, bezüglich die Bauinspektor- und Bezirksingenieurstellen in die erste Gehaltsklasse der Gruppe C des Beamtenbeoldungssets eingestellt werden sollen, wurden abgelehnt und ein Ausschusshandlung, die Bauinspektor- und Bezirksingenieurstellen nur unter der Bedingung, daß die Inhaber der Stellen die Staatsprüfung bestanden haben, nach Klasse I des Befolbungsets zu versetzen und den Rat um eine dementsprechende neue Vorlage zu ersuchen, angenommen.

Die Vorlage, wegen Beschleunigung und Herstellung der Berliner Straße zwischen der Wittenberger Straße und der Straße C mit einem Aufwande von 11800 M. à Conto Stammvermögen, wurde genehmigt.

Für Einführung der Wasserleitung in die Markbrunnens- und Rauhhofer Straße zu Stötteritz wurden 3100 M. à Conto Stammvermögen, wurde genehmigt.

Die übrigen Punkte wurden abends 11 Uhr, da noch eine nichtöffentliche Sitzung stattfinden mußte, von der Tagessordnung abgesetzt.

Aus den Plenarsitzungen des Stadtrates. Der Rat genehmigte, wie das Tageblatt erfuhr, den Sommerfahrtplan der Großen Leipziger Straßenbahn. Was die Strecke Connewitz-Gohlis betrifft, die bekanntlich zuerst mit dem elektrischen Betrieb versehen wird, so wurde für diese der Fahrtplan nur auf drei Monate gutgeheissen, da der Wagenverkehr, der jetzt alle fünf Minuten erfolgt, später in kürzeren Zeitintervallen vor sich gehen soll. — Die Bornaische Straße in Connewitz soll bis zur Eisenbahnstraße gepflastert werden.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Maschinisten und Holzarbeiter und Bergleuten von Leipzig und Umgegend fand am 8. März im Universitätskeller statt. Voller mußte der Vertrauensmann die Kollegen ersuchen, zu den Versammlungen doch zahlreicher und vorsichtiger zu erscheinen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr Wiesenthal einen Vortrag über: Thomas Morus lebte Lebensstunden, wofür er reichen Beifall erntete. Zum vierten Punkt: Stellungnahme zu einer Stellenvermittlung, fand eine lebhafte Debatte statt, und wurde ein Antrag angenommen, diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu verlagern. Sodann wurde beschlossen, daß während der Sommermonate die Nachmittagsversammlungen ausfallen und dafür vormittags 11 Uhr stattfinden sollen, mit dem Hauptpunkt als Tagesordnung: Diskussion, um hierdurch die Kollegen anzuregen, sich mehr über ihre Erfahrungen in den verschiedensten Sachen auszutauschen. Zum Schluß forderte der Vertrauensmann auf, sich recht zahlreich an einer Versammlung des Schleiflager Vereins, die am 22. März nachmittags stattfindet, zu beteiligen.

Die Versammlung der Einzelmitglieder des Verbandes der deutschen Bauhandarbeiter, die am 8. März stattfand hatte folgende Tagesordnung zu Grunde: 1. Zweck und Nutzen der Organisation; 2. Wahl einer Vertrauensperson und zweier Revisoren; 3. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskongress; 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt schied Kollege Baum die verfeindeten und festigen Streits und kommt zu dem Schluß, daß nur durch eine starke Organisation den Arbeitgebern klar gemacht werden könne, daß sie nachgeben müssen. In der Diskussion hierzu erklärt Kollege Müller, daß die Arbeitgeber sehr genau davon unterrichtet seien, daß unsere soziale Organisation noch nicht so gestaltet sei, daß sie etwas zu erzielen vermöchte. Er verliest hierauf ein von der gewählten Kommission verfaßtes Flugblatt, das einstimmig angenommen wird und nächstens zur Verbreitung gelangen soll. Zum 2. Punkt wird Kollege Ritschke als Vertrauensmann, die Koll. Minckwitz und Schreyer als Revisoren gewählt. Der 3. Punkt fällt aus. Zum 4. Punkt werden zehn neue Mitglieder aufgenommen und erklärt ein von Gutachter anwesender Kollege, daß er in nächster Zeit eine größere Anzahl von Bauhandarbeitern dem Verbande hinzuführen werde. Hierauf Schluß der Versammlung.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der gelungene Streich der sächsischen Reaktion mach auch die Stummische Elque lachend. Der ultramontanen königlichen Volkszeitung schreibt man aus Berlin: Nichtsdestoweniger wird die Abänderung des sächsischen Wahlrechts in den dortigen Regierungskreisen lebhaft verteidigt und zwar auch von solchen Seiten, welche nicht zuzutrauen ist, daß sie in dem Vorjahr ein willkommenes Vorspiel seien für die Abänderung des Reichstagswahlrechts. Man sagt zur Begründung der Maßregel, es sei mit Sicherheit der Zeitpunkt vorauszusehen gewesen, wo die sächsische Kammer eine sozialdemokratische Mehrheit aufweisen würde. Mit einer solchen Kammer lasse sich aber einfach nicht regieren, und dann würde der Regierung nichts übrig bleiben als Staatsstreich oder Abdankung. Um nun vor einem Staatsstreich sich zu sichern, habe man keinen anderen Weg finden können, als bei Seiten der drohenden Gefahr auszuweichen. Siegt bei einer solchen Argumentation nicht die Gesetze nahe, daß man diese Theorie auch auf das Reich anwenden könne? Werden 100 Sozialdemokraten in den Reichs-

tag gewählt, so haben sie die Mehrheit. Dann würde also auch im Neuen die böse Wahl zwischen Abdankung und Staatsstreich getroffen werden müssen. Und da man dieses verhindern will, so wäre jetzt schon ein Modus zu suchen, daß die Sozialdemokraten in möglichst verminderter Zahl im Reichstage erscheinen oder, wenn möglich, ganz daraus beseitigt würden; denn jetzt läßt sich natürlich die Sache leichter machen, als wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erst 100 Mann stark ist. Diese Bevölkerung wäre eben so „logisch“ als die vorhin erwähnte, aber man sieht, daß das Operieren mit zukünftigen Gefahren eine sehr heile Sache ist, weil sich eben zu viel damit beweisen läßt. Wer bringt überhaupt dafür, daß die Sozialdemokraten stetig zunehmen und schließlich die Mehrheit erringen? Können sie nicht auch abnehmen? Und darum bleiben wir unsererseits der Meinung, daß das beste Mittel gegen die Fortschritte der sozialdemokratischen Partei eine gute Politik ist. Wende man doch dieses Rezept in möglichst ausschweifender Weise an, anstatt immer nur von furchtbaren Gefahren zu reden, um die politischen Künste „gruseln“ zu machen.

Dresden, 11. März. In den Möbelfabriken in Wilsdruff haben die Tischler die Arbeit gefündigt, da sie 15 Proz. Lohn erhöhung wünschen. Falls keine Einigung zu stande kommt, dürfte ein Streit bevorstehen.

Großenhain, 11. März. Gleich einer Reihe anderer Städte hatten wir gemeldet, daß hier die Textilarbeiter einen Streit angekündigt hätten. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß diese Nachricht in ihrem vollen Umfang nicht richtig sei. Von einem Streit wäre noch keine Rede. Es handelt sich nur um eine geforderte Lohnherhöhung der sogenannten Berliner und Gräuber Lohnarbeiter, die hier seit ca. zwei Jahren eingeführt und seit die wahrhaft jämmerliche Löhne gezahlt werden. Einbezogen in die Bewegung stehen noch alle Hilfsarbeiter, als: Spinnerei-, Appretur- und Färberarbeiter.

Chemnitz, 11. März. Der Irrenanstaltswärter Beyerhus in Waldheim ist wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet und an das Landgericht zu Chemnitz abgeführt worden. B. hatte vor mehreren Wochen seine Familie verlassen und sich in Schandau die Pulsader aufgeschnitten. Er wurde damals dem Schandauer Krautenhause übergeben, woselbst jetzt nach seiner Heilung die Verhaftung stattgefunden hat.

Die Gesamtpartei Leipzigs hat gesprochen.

Die öffentliche Parteiversammlung am gestrigen Mittwochabend im Pantheon war von etwa 1500 Parteigenossen besucht. Der Saal war in allen seinen Teilen, auch auf den Galerien, stark besetzt. Von den Landtagsabgeordneten war keiner anwesend. Von einem besonderen Referat war ausdrücklich mit Rücksicht auf die Gegner per sofortigen Mandatsniederlegung Abstand genommen worden. Die sollten ausschließlich und uneingeschränkt zum Worte gelangen. Dies geschah denn nun auch. Trotz alledem aber wurden am Schlüsse der Versammlung von den Leipziger Parteigenossen gegen die Stimmen von ein bis zwei Dutzend Anwesenden folgende Resolutionen angenommen:

1. Resolution Pöllendorf:

Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei des 12. und 13. Reichstagswahlkreises spricht der Landtagsfraktion wegen der frühen Einberufung der Landesversammlung ihren entschiedenen Tadel aus. Die zu wählenden Delegierten zur Landesversammlung sind mit imperativen Mandaten in dem Sinne auszutunten, daß sie unter allen Umständen für sofortige Niederlegung der Mandate zu stimmen haben.

2. Resolution Lehmann:

Der Vorwärts hat in den Nummern vom 20. Februar, 3., 5., 7. und 11. März in der Frage der Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gegen die Leipziger Volkszeitung polemisiert und der Meinung Ausdruck gegeben, die Stellung der Volkszeitung in dieser Frage entspreche nicht dem Willen der Leipziger Gesamtpartei, sondern sei die Ansicht der Redaktion oder vielmehr nur des Chefredakteurs der Volkszeitung.

Dem gegenüber erklärt die heute am 11. März im Pantheon tagende öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises, daß die Leipziger Gesamtpartei in einer am 28. Februar im Felsenkeller abgehaltenen Versammlung zu der Frage der Mandatsniederlegung Stellung genommen und sich einstimmig auf den von der Leipziger Volkszeitung vertretenen Standpunkt gestellt hat, mit hin auch deren principielle Haltung in dieser Frage durchaus übereinstimmt.

Von dieser Thatsache hätte sich der Vorwärts durch die in der Leipziger Volkszeitung und im Vorwärts veröffentlichten Briefe über die Versammlung überzeugen können.

Die Versammlung bedauert deshalb, daß der Vorwärts so wie geschehen vorgegangen ist, und daß er eine ihm vom hiesigen Agitationskomitee überstandene Erklärung als unmöglich bestimmt hat. Die Versammlung erwartet vom Centralorgan der Partei, daß es durch Abdruck dieser Resolution seine unrichtige Darstellung den Genossen Deutschlands gegenüber richtigstellt.

Im weiteren protestiert die Versammlung gegen die unberechtigten persönlichen Angriffe des Vorwärts gegenüber dem Genossen Schoenlank.

Der Gang der Diskussion nahm folgenden Verlauf:

Genosse Grenz führte etwa folgendes aus: Es ist eine unangenehme Sache, über einen Streit zu berichten, der von außen hereingetragen worden ist, er weiß, daß dann allemal die Person, die zuerst anfangen muß, angegriffen wird. Wir wissen aus der Zeitung, daß in 10 Tagen die Landtagsabgeordneten nach Hause geschickt werden, die Wahlrechtsvorlage also dann schon Gesetz wird, wir aber sollen nach der Wahlrechtsbeschrankung zusammenkommen, um zu beraten, was zu thun ist. Es ist hier einmal etwas eingetreten, was der Sozialdemokratie noch nicht passiert ist. Bis jetzt war es so, daß, wenn die Gegner der Sozialdemokratie eins auswischen wollten, die Sozialdemokratie schon vorher eins war, ehe noch die Gegner organisiert waren, und wir standen gerüstet zur Auslösung zum Schlag. Bei dem Gegenstand, den wir heute behandeln, ist es nicht der Fall, obgleich die Vorlage in 10 Tagen Gesetz wird, sollen wir doch erst einige Wochen später dazu Stellung nehmen. Erst nachdem die Schlacht geschlagen, soll etwa in drei Wochen die Landeskongress stattfinden. Es ist das eine derartige Zusage, wie wir sie auf Grund unserer Taktik für ziemlich ungewohnt halten. Er glaubt, man müsse sich die Frage vorlegen, können, dürfen und wollen wir uns das gefallen lassen? Bei der Beantwortung dieser Frage wird man sich klar machen müssen, was geschehen ist. Der Vorwurf des Centralorgans

der Sozialdemokratie, daß wir Heißsporne seien, treffe doch wohl nicht zu, wenn wir das zum Ausdruck bringen, was wir innerhalb 20 bis 30 Jahren in der Sozialdemokratie gelernt haben. Man hat uns immer gelehrt, daß es keinen Rückschritt geben könne, sondern nur ein Vorwärts. Und wenn man uns stoppen will, so halte ich es für einen Rückschritt. Von uns war es gerecht, wenn wir uns gegen das wandten, was uns zugemutet wird. Wir werden auch heute in der ruhigen und verständigen Weise die Frage beurteilen und Beschlüsse fassen, die von Ruhen sind. Für andere Leute fassen wir ja keine Beschlüsse. Ich brachte Ihnen ja keine Neugkeiten zu erzählen, aber es ist doch notwendig, daß, was sich in Monaten abgespielt hat, Ihnen vor Augen zu führen. Wenn wir uns gegenseitig verteidigen, wie sich die ganze Sache entwickelt hat, so wissen wir, daß auf das Vorgehen der Mehrheit im sächsischen Landtag eine allgemeine tiefe Entrüstung durch das Land ging. Wie uns trat die Frage, was thun? Wir beriefen trotz der Weihnachtszeit zwei Versammlungen nach dem Pantheon und dem Felsenkeller ein, die wider Erwarten gut besucht waren. Die beiden Versammlungen gaben den leitenden Personen die Direktive. Man wird sich klar, daß man hier gehörig zugreifen mußte, damit die Genossen Ihnen nicht den Vorwurf machen könnten, daß sie ihre Pflicht nicht gehabt hätte. Das ging aber nicht in Leipzig allein, sondern im ganzen Lande kam Bewegung in die Massen, wie aus den abgehaltenen Versammlungen, Zeitungen und Flugblättern sich ergab, eine Bewegung entstand, wie sie Sachsen noch nicht gesehen hat. Eins ging aus den Versammlungen, Schriften und Flugblättern hervor, daß wenn die Vorlage Gesetz würde, dann würde der größte Teil des sächsischen Volkes politisch unmündig und zwar ein Volk, das schon in den 30 Jahren des Bestehens des Wahlrechts gezeigt habe, daß es unmündig ist. Doch hier waren schon die Meinungen geteilt, die einen meinten, daß wenn sie uns das jetzige Wahlrecht nehmen, wir das allgemeine gleiche Wahlrecht fordern müssen. Die anderen meinten, daß wenn sie das Wahlrecht nehmen, dann würde uns die Möglichkeit genommen, politisch unsere Rechte zu wahren und dann müßte man die Thätigkeit auf andere Gebiete lenken. Macht Ihr uns politisch unmündig, dann wollen wir andere Wege einschlagen, wir verweigern euch die Hergabe unserer Arbeitskraft. Daß dies nun nicht von heute zu morgen geschieht, darüber waren wir uns vollständig klar. Aus der ganzen Bewegung ging hervor und vor allem waren es die Abgeordneten, die erklärten, mit der Vorlage ist nicht auszukommen. Eine andere Frage taucht bei dieser Sache nun mehr mit Notwendigkeit auf und man fragte, was werden wir dann tun, wenn die Vorlage Gesetz wird? Man glaubte mir, die Abgeordneten würden den Majorität der Kammer ins Gesicht schlagen: wenn ihr mit uns nicht gemeinsam arbeiten wollt, dann gehen wir hinaus. Wenn sie uns bloß die Gnade anbieten wollen, uns nach und nach hinaus zu bugisieren, dann machen wir nicht mehr mit, dann werfen wir Ihnen die Mandate vor die Füße. (Lebhafte Zustimmung.) Ein im Vorwärts jetzt veröffentlichter Brief des Genossen Wittich sagt, daß man dann nicht der Gesellschaft, sondern den Wählern die Mandate vor die Füße werfe. Das finde ich doch etwas merkwürdig. Wer im gewerbschaftlichen Leben steht, der weiß, daß, wenn die Personen, die für die übrigen Arbeiter mit den Unternehmern verhandeln, von den Unternehmern die Erklärung erhalten, wir wollen nicht mit euch verhandeln, nun dann werfen sie den Fabrikanten ihre Mandate vor die Füße und gehen in die Reihen ihrer Kollegen zurück. Das ist so selbstverständlich und kein Mensch regt sich auf, daß sie damit die Mandate ihren Auftraggebern vor die Füße werfen. Man mußte einen Entschluß fassen um die Mandate niederlegen. Höchstens konnten sie sich die Niederlegung noch von der Landesversammlung legitimieren lassen. Waren dann die Arbeiter, die Wähler damit nicht einverstanden, so könnten sie leicht die Mandate wieder zurückrufen. Das war die Meinung so unter den Genossen. Nun kam die Frage, was sagen die Abgeordneten dazu. Man hielt es für selbstverständlich, daß sie gehen und zum Kriegsvolk zurückkehren würden, um zu sagen, hier sind wir, gebt uns neue Arbeit. Die Sächsische Arbeiterzeitung war es, die diese Frage zuerst anknüpfte und fragte, warum man von Seiten der Fraktion keine Antwort erhalten. Da die Antwort von der Fraktion ausblieb, wurde die Sache immer dringender. Wir haben anderwärts Umschau gehalten und fanden Dresden und Bautzen auf demselben Standpunkt. Wir sind den Genossen nicht zu radikal, sondern eher zu zähm in der Frage vorgegangen und man hätte uns den Kopf gewaschen, wenn wir einen anderen Standpunkt eingenommen hätten. Andere neuen Gedanken wurden nicht gebracht, bis die Briefe der abgewählten Parteigenossen kamen und zwar nachher wie die Sache ins Rollen war, dann kam man in Berlin damit hervor. In Chemnitz war man gegen die Mandatsniederlegung. Auf der anderen Seite waren die anderen drei Bezirke Sachsen für die Mandatsniederlegung. Soviel sieht klar, daß die Dinge so liegen, wie ich sie kurz skizziert habe. Wenn ein Genosse im Vorwärts behauptet hat, daß drei Viertel der sächsischen Genossen nicht für die Mandatsniederlegung sind, seine Erforschungen haben ergeben, daß das Gegenteil der Fall ist. Bei der Sondierung belämen wir denn auch keinen Wein, wie die Fraktion sich zu der Frage stellte. Er wolle den Genossen im Landtag persönlich nicht zu nahe treten, weil sie eine abweichende Meinung in der Frage haben, aber das kann uns nicht dazu bestimmen, wenn ihre Beweise uns nicht ausreichen, uns ihnen anzuschließen. Was er über die Gründe ihrer Stellung gehört, habe ihn erst recht zu der Überzeugung gebracht, daß wir aus dem Landtag heraus müssen. Er ist der Meinung, daß jetzt die Sache noch verschärft ist und uns erst recht die Möglichkeit genommen ist, die Mandate zu behaupten oder neue zu erlangen und daß die erste That die Bereicherung des Tschucheng zwischen uns und den Kammermehrheit sein muß. (Zwischenruf: Sehr richtig, Befall.) Man hat ja Gründe für die Beibehaltung der Mandate angeführt, er weiß nicht, ob einer der Abgeordneten da sei (Zwischenruf: Jawohl!), dann brauche ich die Gründe für die Beibehaltung nicht zu nennen, sondern kann es den Genossen überlassen, selbst ihre Gründe anzugeben. (Der Zwischenruf war nicht richtig, wie sich später herausstellte, da kein Abgeordneter anwesend war.) Die Genossen wollten nur Gewissheit haben und da blieb uns nichts anderes übrig, als die Abgeordneten nach Leipzig kommen zu lassen und uns mit ihnen auszuverhandeln. Am 23. Februar fand denn auch im Felsenkeller die Versammlung statt, wo die Genossen Geyer, Blasius und Goldstein die Gründe für die Beibehaltung der Mandate aufzählten. Und trocken wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich für Niederlegung der Mandate

erklärte, sobald die Vorlage Gesetz würde. Wir wußten ja schon, daß hier ein Widerstand vorhanden war. Wollten die Abgeordneten die Mandate niederlegen, so könnten sie es schon im Felsenkeller thun. Das gehabt nicht. Man berief sich auf eine Landesversammlung, weil die schwedende Frage keine spezielle Leipziger, sondern Landesfrage sei. Die Genossen kamen der Fraktion entgegen und beschlossen, das Centralagitationskomitee aufzufordern, innerhalb vierzehn Tagen eine Landesversammlung einzuberufen. Zweifel sind ja angebracht, wer die Landesversammlung einzuberufen sollte. Auch hier kann man entgegen und sagen, daß ist uns gleichgültig. Dann hat man durchblättern lassen, daß es schwierig sein werde, in der Zeit die Versammlung einzuberufen, aber von einer Unmöglichkeit war nicht die Rede. Kurz darauf stand die Sache schon anders. Nach 24 Stunden erhielt ich vom Centralagitationskomitee einen Brief, in dem erklärt wurde, daß man sich nicht für kompetent zur Einberufung halte, und es der Landtagsfraktion überwiesen habe. Da kam also mit einemmal der Kompetenzstreit, was ja zu geschehen vieselt, wenn man eine Sache verschleppen will. Man sagte aber gleichzeitig, daß die Einberufung in 14 Tagen nicht möglich sei. Um nun nichts zu verschleppen, brachte man die Forderungen in die Presse und als Antwort kam die Erklärung der Fraktion, die für den 7. und 8. April nach Dresden die Landesversammlung einzuberufen. (Lachen.) Man wollte also die Entscheidung bis nach Schluss des Landtages hinauszögern. Man müßte nicht die sächsische Parteibewegung seit 20 Jahren kennen, wenn es nicht möglich wäre, innerhalb 14 Tagen das sächsische Kriegsvolk zusammenzubrufen. Wenn das nicht mehr möglich ist, dann gebe man mir das Urteil wieder. Es wird Geld zu Tausenden für nicht notwendigere Zwecke ausgegeben, und da könnte man auch hier einmal Aufwendungen machen, um nicht wie die Schäiwinkeler Landwehr hinterher zu kommen. Man hat uns die Möglichkeit genommen, die Frage zu beantworten, was geschehen soll, wenn die Vorlage Gesetz wird. Man hat zwar gesagt, daß es auf 14 Tage nicht darauf ankomme. Ich bin der Ansicht, wenn man mir eine Aufreise giebt, dann überlege ich nicht erst 14 Tage, ob ich ihm eine wiedergebe, sondern habe gleich zurück und möglichst etwas darüber. (Bravo.) Man hat uns immer zum selbständigen Denken erzogen. Und nun, nachdem das, was gesprochen worden ist, uns in Fleisch und Blut übergegangen ist, da sind wir revolutionär. Der Horn der Genossen findet seinen Widerhall nicht von der Leipziger Volkszeitung zu den Vesern, sondern der Widerhall ist von den Vesern in die Leipziger Volkszeitung übergegangen. Ich habe mit Schoenlant schon manche Meinungsverschiedenheit ausgesprochen, aber niemals ist die Leipziger Volkszeitung so eigenartig das Sprachorgan der Arbeiter gewesen wie jetzt. (Bravo.) Die Genossen haben sich nicht nur einverstanden erklärt, sondern verlangt, daß Schoenlant noch weiter gehen, noch schärfer schreiben sollte. Da kam die Erklärung des Vorwärts. Wir sind der Meinung, daß wir eher zu wenig, als zu viel gehan haben. Wenn wir es nicht so gehan hätten, dann wäre das Kriegsvolk zusammengekommen und hätte uns heruntergeholt, und wir hätten es unmehr, als es unsre Überzeugung war. Der Vorwärts suchte die Sache auf einen anderen Weg zu leiten und sagte, daß es nicht die Bewegung, sondern die Person Schoenlants sei, die hier in Frage komme. Wie war denn die Sache. Erst kam die Süderländer Versammlung und danach wurde gehandelt und wir sprangen Schoenlant bei und gaben eine Erklärung ab, daß es nicht wahr sei, daß Schoenlant allein steht, sondern daß vielmehr die Partei hinter ihm steht. Da sagte der Vorwärts: „Ja, das sind ja nur drei Personen!“ Wenn das Gelingen haben sollte, dann brauche man ja kein Agitationskomitee mehr zu wählen. Und dem Agitationskomitee haben aber Parteigenossen gesagt, ihr habt nicht genug gehan, sondern das kommt ihm noch viel besser ihm. Man hat von einem Prunkmomento, einem Militärputschmaneß gesprochen. Wir sind ja nicht in Tod und Asche zu Kreuz gestochen, sondern haben, weil wir dem Vorwärts allein nicht genügten, es vor die Parteiversammlung gebracht. Wenn ein Aufruhr unter die Genossen gekommen ist, so ist er nicht von einzelnen Personen, sondern von den Genossen Leipzigs insgesamt entfacht worden. Wenn ich mir nun die Frage vorlege, wer an der ganzen Sache schuld ist, so bin ich zur Überzeugung gekommen, das ist die Fraktion. (Sehr richtig.) Wenn wir unser Recht fordern, dann hält man uns vor, das ist nicht recht. Wenn das Verlangen, eine Landesversammlung einzuberufen, unmöglich gemacht wird, wenn uns die Möglichkeit genommen ist, daß auf den Schlag der Gegenschlag geführt werde, dann sagen wir, die Landesfraktion ist schuld daran, wenn im Lande unter den Genossen ein Aufruhr entsteht, nicht wir. Die Fraktion sieht auf dem Standpunkt, daß sie sich nur der Landesversammlung zu fügen hat. Er führt sich der Disziplin in der Partei, aber die Landesversammlung kommt deshalb nicht zusammen, um die Kandidaten für die Kreise aufzustellen, sondern sie bestätigt nur formell die von den Wählern vorgeschlagenen Kandidaten um dann eine einheitliche Liste aufzustellen. Nur im Notfall oder wenn gegen den vorgeschlagenen Kandidaten prinzipielle Bedenken vorliegen, dann hat man die Kandidatenvorschläge geändert. Haben nun aber die Parteigenossen der einzelnen Kreise das Recht, ihre Kandidaten aufzustellen, dann haben die Genossen auch das Recht, die Mandate zulässig zu fordern. Wir sagen die Sozialdemokratie hängt nicht von Dir ab, sondern Du von der Sozialdemokratie und man spricht sich gemäßlich aus. Die Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß nur die Landesversammlung hierüber zu beschließen hat. Ich komme nun zu der Frage, können, wollen und dürfen wir uns das gefallen lassen. Die Frage ist nicht so leicht zu entscheiden. Nehmen wir den Fall an, daß wir in dem Augenblick, wo die Vorlage Gesetz wird, die Mandate zurückfordern. Die Fraktion hat eine Landesversammlung einzuberufen, da ist es nicht schicklich, daß wir zur Landesversammlung gehen. Dann wird man uns fragen, was wollt ihr denn hier? Es ist schwer, einen Rat zu geben. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß jeder Kreis das Recht hat, den Abgeordneten zu sagen, wie sie sich zu den einzelnen Fragen stellen, daß sie das Recht haben, einen Beschluss herbeizuführen und sie aufzufordern, die Mandate niederzulegen, und stehe auf dem Standpunkt, dieses Verlangen rundweg auszusprechen. Man würde zwar auf dem Wege auf einige Zeit isoliert bleiben, aber das würde sich später ausgleichen. Wenn der Vorwärts meint, wir wären Pappstosse, so muß doch ein Beschluß herbeigeführt werden, der den Leipziger Parteigenossen zur Ehre gereichen wird. (Lebhafte Beifall.)

Von Genossen Schröder war folgende Resolution eingegangen:

Ich beantrage, daß die Parteigenossen von Leipzig beschließen mögen, wenn es bis zum 21. März nicht möglich ist, eine Landeskonferenz einzuberufen, die Landeskongressen zum 7. und 8. April nicht zu beschließen.

Im Verlauf der Debatte zog Schröder den ersten Teil der Resolution zurück.

Vom Genossen Pollender war die vorher an erster Stelle angeführte Resolution betr. Landtagsfraktion und Landesversammlung eingegangen.

Genosse Ado erklärt, daß die Frage nicht nur darauf hinauslaufe, die Mandate niederzulegen, sondern auch weiter hin aus, ob wir uns später an den Wahler zum Landtag beteiligen wollen oder nicht. Die herrschende Klasse hat uns mit allen Mitteln das Wahlrecht bis auf ein Minimum herabgemindert. Mit der Forderung der Mandatsniederlegung streichen sie die Segel vor den herrschenden Gewalten, aber wir müssen ihnen ein Paroli bieten und uns an den Wahlen beteiligen. (Nein!) Nun, dann kennen Sie die Entwicklung nicht. Die frische Bewegung in der Provinz wird aufhören, denn sie werden es nicht verstehen, wie man etwas hingeben kann, was man nicht wieder erlangt. Es sei nicht seine, sondern Aufgabe der Fraktion, zu entscheiden, ob die Mandate niedergelegt werden sollen oder nicht. Für die Abgeordneten scheint der 12. und 13. Wahlkreis nicht mehr zu existieren, wenigstens ist es keinem Abgeordneten eingefallen, heute hierher zu kommen. Mit der Mandatsniederlegung würde man aber nur den herrschenden Massen einen Gefallen thun. (Widerspruch.) Die Frage muß die sein, was nützt uns das. In Preußen beteiligt man sich nicht an der Landtagswahl, dort ist auch Censuswahl, wir werden aber in der 2. Klasse, so im Erzgebirge und in der Oberlausitz, auch Wahlmänner durchbringen. Die zweite Klasse nicht zu gewinnen, hieße sich ein Amtzeugnis aussstellen. (Betrifft: Census!) Ja, in Preußen freilich hat man die Censuswahl. (1) So wird der Wahlkreis Meerane-Zwickau, der jetzt gewählt hat, nicht die Notwendigkeit der Aufgabe der Mandate einsehen, um sich dann wieder an der Wahl zu beteiligen. Bei den späteren Wahlen würde man höchstens vier Abgeordnete durchbekommen. Schoenlant meint, es werde ein großer Empörungszug durch die Volksmassen gehen. Das ist ein Irrtum, einmal, das zweite Mal wird die Volksseele sich empören, dann aber ruhig werden. Wir sehen es ja in Leipzig. Noch seien Mohs und Kästenstein wegen der Gemeindewahlrechtsverkürzung im Gefängnis, und die empörte Volksseele hat sich längst wieder beruhigt. Auf parlamentarischem Wege wird man nie zum Ziele gelangen, es kommt deshalb nicht darauf an, wieviel, sondern ob sie uns im Landtag vertreten. Bis jetzt hat man eine geschlossene Fraktion und jetzt fordert man einen Teil zurück. Es wäre verfehlt, jetzt die Fraktion zu sprengen. Warum wollen die Leipziger Genossen sich im Gegensatz zu anderen Teilen Sachsen stellen. Dresden, Chemnitz und Zwickau (?) sind gegen sie. (Widerspruch.) Er würde es sich bedauern, wenn man sich vom Augenblick hinzuwenden läßt und Beschlüsse fassen würde, die man in ein, zwei Jahren tief bedauert. Man kommt mit der Landesversammlung im Juli zurecht. (Heiterkeit.) Mit der Landesversammlung und der Mandatsniederlegung imponieren Sie doch der herrschenden Klasse nicht. Einiglich soll uns die herrschende Klasse finden. Die Differenzen sind so gering, daß sie zu derartigen Beschlüssen nicht führen dürfen.

Genosse Menge tritt den Ausführungen des Gen. Grenz bei und meint, die Fraktion habe ihnen die Waffe aus der Hand genommen. Wenn Ado sich auf das Erzgebirge verläßt, so dreht er das um, was wir durch die Erfahrung gelernt haben. Nicht das Erzgebirge, sondern die Industriecentren liefern der Sozialdemokratie die Anhängermassen und die Mandate, und dort geht es in der zweiten Klasse nichts. Wenn jetzt eine Gegenströmung gegen die Mandatsniederlegung entsteht, so ist sie von den Abgeordneten ausgegangen. Wenn wir früher für ältere Wahlkreise Unterstützung geben konnten, so sollen wir jetzt keine Haltung mehr haben. Die Abgeordneten haben uns im Stich gelassen, sie haben sich nicht hierher gefunden. Wir haben Schoenlant nicht gebraucht, um unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen, er hatte sie zum Ausdruck zu bringen, und wir stehen hinter ihm. (Beifall.)

Genosse Wittich bekannte sich als Gegner dessen, für das das Volk die Sympathie zu haben scheint. Mit dem gerechten Entzündungsschrei gegen die Reaktion ist uns nichts genügt, sondern wir müssen kaltblütig prüfen was richtig ist. Er erklärt sich für Beschließung der Konferenz. Die Abgeordneten im Landtag sind dazu gewählt, um den Posten zu behaupten. Nicht den Gegnern, sondern den Wählern werden die Mandate vor die Füße geworfen, wie Ado schon richtig angeführt hat. Ihnen haben mehrfach Genossen gesagt, daß sie nicht mit dem Vorgehen der Leipziger Volkszeitung und der Mandatsniederlegung einverstanden sind. Die Bewegung, die nun kommen muß, wird Jahre dauern, und da mußte man nicht entmutigen. Wenn wir die Möglichkeit nicht haben, die Posten zu besetzen, so darf man nicht noch durch Misstrauensvoten diejenigen, die jetzt noch die Posten innehaben, mutlos machen. Die schweren Posten müssen gehalten werden. Er weise darauf hin, wie Bebel und Liebknecht es den Gegnern in der zweiten Kammer gesagt haben. Man muß doch bekennen, daß Leipzig nicht mehr den Mittelpunkt der Bewegung bildet, sondern die Sozialdemokratie groß geworden ist. Man muß sich deshalb auch der Disciplin unterordnen. Redner vergleicht die letzten Sozialdemokraten in der zweiten Kammer mit Kanonieren. Nicht rückwärts blasen, sondern scharf vorgehen und sehen, ob nicht mit der leichten Kugel im Proklasten die Gegner zu sprengen sind. Er bedauerte, daß man von „Leben“ und im Zwischenruf von: „dazwischen liegen die 12 Mörder“ gesprochen habe. (Lebhafte Zustimmung.) Der schönste Posten im Landtag ist es nicht, den unsere Genossen einnehmen. Mit Sentimentalitäten darf man nicht rechnen. Im Landtag habe er gesellschaftliche Ungezogenheiten der Gegner gegen unsere Genossen bemerkt, und sie haben trotzdem ausgehalten. Es gebürt den Leuten unserer Partei, daß sie die Wissenden haben über sich ergehen lassen, die in der vorigen Lust hingen. All diesen kleinen Kränkungen haben sich die Leute ausgesetzt, nun da sie sich eingearbeitet haben, sollen sie gehen. Redner sei nicht fraktionell bestochen oder sonst was, sondern sei der Meinung, daß er es bedauere, wenn zum Rückzug gezwungen werde. Nicht vom Feldherrnslager oder von sonst einer leitenden Stelle ist das zu entscheiden, sondern die, die im Kampf stehen, müssen die Entscheidung treffen. Ein Misstrauensvotum gegen die Fraktion wäre verfehlt.

Kleemann als Vorsitzender rügt energisch den Zwischenruf vom Zwischenliegen der 12 Mörder. Die Resolution Lehmann in Sachen Vorwärts wird eingebracht und unterstützt. Gen. Ohnsorge wendet sich gegen die Mandatsniederlegung und Gen. Schröder gegen die Beschließung der Landeskongressen.

Gen. Weber wendet sich gegen die Unruhe der Versammlung und erklärt, früher habe man den Gegner ruhig ausbrechen lassen, aber jetzt sei eine gewisse Inspiration von einer

Seite unter die Genossen gekommen, die sich in einer gewissen Beharrlichkeit zeige. Die ganze Bewegung ist von Schoenlant inspiriert worden, er reiste nach Plauen, ließ dort über eine Resolution abstimmen, geht dann nach Zwickau (Schoenlant hat nie über die Frage der Mandatsniederlegung in Zwickau gesprochen. Ado) und läßt dann in Leipzig die Versammlung vor sich gehen, telegraphiert dann nach Berlin und läßt sich wieder telegraphieren und lanciert Artikel in die anderen Blätter. Er sagt, ihm sei von niemand eine gegenteilige Botschaft zugegangen. Ich habe eine gesandt. Wenn man die Mandate niedergelegt, so wird dies ein Schlag sein und verschwinden. Wenn Sie die Konferenz nicht beschließen, so schließen Sie sich aus, wollen Sie denn eine Partei Schoenlant gründen? Sie werden dann später meiner Rebe eingedenkt sein.

Schoenlant: Ich halte es unter meiner Würde, auf persönliche Anzapfungen einzugehen. Sie wissen, daß ich nur als Beauftragter der Partei gehandelt habe. Ich habe nicht geschrieben, daß ich keine Botschaft erhalten habe, mir ist auch keine von dem mir bis heute unbekannten Genossen W. zugegangen; und wenn sie erfolgt wäre, so wiegt sie federleicht gegenüber den anderen Zustimmenden, der Felsenkeller-Versammlung u. s. w. Wenn Weber sagt, daß die Regierung die Abgeordneten auf einmal abgeschnitten hätte, wenn sie gekommen hätte, sie hätte dies in der Hand, sie hat es aber nicht gethan, weil sie schubweise die Genossen entfernen wollte. Die zweite Klasse wird man nicht gewinnen. Die Bourgeoisiewahlmänner werden stets zusammen gegen uns vereinzelten Genossen in der zweiten Klasse stehen. Wenn ich die Gei. Ado und Weber höre, so sage ich, sie haben sich den Gesetzentwurf noch gar nicht angesehen. Man hat gesagt, daß es der Mehrheit lieb ist, wenn sie auf einmal gehen. Das ist nicht der Fall. In die Berliner Garderegimenter sind durchgängig adlige Offiziere und nur dann und wann ein bürgerlicher Hauptmann, der sogenannte Rennomierschulze, eingerichtet, um dem Großbürgertum ein Rennomierschulze zu machen. Wir wollen keine sozialdemokratische Rennomierschulze in der Kammer. Ich bin nicht von Ort zu Ort gereist, ich habe viele Aufforderungen, zu sprechen, abgelehnt, und habe nur dort gesprochen, wo ich dringend gefordert wurde. Nicht ich, sondern die Sächsische Arbeiterzeitung hat den Gedanken der Mandatsniederlegung zuerst ausgesprochen. In Reichenbach kam mir ein alter Genosse, der Vertrauensträger Müller, mit einer fertigen Resolution entgegen, die die Mandatsniederlegung forderte. Die 15 Abgeordneten haben die Wahlrechtsvorlage nicht anhalten können, und jetzt sollen sie in den vier Jahren als fortwährend zusammenschrumpfende Klumpenfraktion unter den ungünstigsten Bedingungen von Meißnern und Mehlerts Gnaden als Gebürtete noch etwas erreichen.

Fast die ganze deutsche Parteipresse, der Vorwärts an der Spitze, haben sich mit uns für sofortige Mandatsniederlegung im Intratretten des Gesetzes erklärt. Wir haben mit sachlichen Waffen für eine gute Sache gekämpft. Plötzlich aber flog der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich eine persönliche Heze (lebhafte Zustimmung), auf die zu reagieren ich unter meiner Würde halte. (Bravo!) Wir wollen nicht, daß die wichtigen taktischen Fragen, um die es sich handelt, durch das Hineintragen persönlicher Momente verwirrt werden. Derselbe Vorwärts, der über die Plauener Versammlung einen trefflichen Situationsbericht gegeben hat, der die Stimmung getreulich widerspiegelt, entdeckte plötzlich, der Wind im Vorwärts um und er organisierte gegen mich

sicht die Amtshäufigkeit des Polizeiamtes nicht der Kontrolle und Kritik der hiesigen Stadtverordneten, sondern der des Landtages. Um so auffälliger ist es, daß im Landtage gestern von diesem Rechte nicht der geringste Gebrauch gemacht wurde, obwohl eine Reihe von Maßnahmen der Leipziger Polizei gerade genug Anlaß boten.

Der Konsumverein zu A. Sonnewitz hat in der am Sonnabend den 7. März stattgefundenen Generalversammlung auf Antrag der Verwaltung beschlossen, in Rötha eine Geschäftsstelle zu eröffnen.

Die Leipziger Maler- und Lackiererinnung hat in einer außerordentlichen Versammlung beschlossen, einen Preisstetig für Maler- und Lackierarbeiten anstreben und veröffentlicht zu lassen und weitere Schritte zur Einigung mit den Gehilfen unter Festsetzung eines Mindestlohnes zu thun.

Zur Buchdruckerbewegung. Die Verhandlungen zwischen den Prinzipalen und Gehilfen des Buchdruckgewerbes, die gestern hier in der Buchhändlerbörse stattfanden, wurden abends 10 Uhr zu Ende geführt. Die verhandelnden Parteien einigten sich auf eine Resolution, die den Modus enthält, wonach die höchst mögliche Tarifrevision stattfinden soll. Die erforderlichen Beiratssitzungen sollen bis zum 25. März vollzogen und Anträge zur Tarifrevision selbst soll am 15. April stattfinden und der neu zu gestaltende Tarif am 15. Mai in Geltung treten.

Ein Lehrvertrag hat, einer Entscheidung des Reichsgerichts folge, keine verbindliche Kraft, wenn der Lehrling zur Erlernung des betreffenden Handwerks unfähig ist, auch wenn diese Unfähigkeit bereits zur Zeit der Eingehung des Lehrvertrages vorhanden gewesen und nicht erst nachträglich eingetreten ist. Diese Annahme folgt aus den Grundprinzipien des Vertragsrechtes, daß über unmögliche Leistungen Verträge nicht geschlossen werden können.

Auf die Geschäftsbreite scheint sich die jetzige Direktion des Leipziger Kristallpalastes zu verstehen. Sie versandte an die zahlungsfähige und gesittete Bürgerchaft ein Schreiben, durch das das Mitleid für die jetzt im Kristallpalast als Chansonette auftretende Frau des geflüchteten Berliner Rechtsanwalts Friedmann erregt und für den Besuch ihrer Vorstellungen Stimmung gemacht werden sollte. Infolge eines "heroschen" Entschlusses habe die "Dame", bewogen durch die edelste aller Tugenden, die Mutterliebe, den Schritt aus einem hochgeachteten bürgerlichen Stande zum Varieté-Theater gethan. "Doch woži", so heißt es wörtlich, "entschließt sich nicht eine unglistische, von ihrem Manne verratene und verlassene Frau, wenn ihre, von dem Vater der Not und dem Elend preisgegebenen Kinder über hunger klagen. Sie überwindet jeden Skrupel, setzt alle Nächsten auf Stand und Rang hinunter, wenn ihr Gelegenheit geboten ist, durch eheliche Arbeit den Lebensunterhalt für ihre kleinen zu gewinnen!" Die rührselige Geschäftsbreite bewirkte, daß die zahlungsfähige Leipziger Bourgeoisie in Massen in den Kristallpalast strömte. Nach dem ersten Auftreten der Frau Friedmann ist es aber höchst zweifelhaft, ob die Dame während des ganzen achtzigjährigen Gastspiels ein wirkliches Zugmittel für die Aktionäre des Leipziger Kristallpalastes bleiben wird.

Arbeiterförderung. Vom Montag den 16. d. M. ab wird ein 4 Uhr 51 Min. früh von Liebertwolkwitz nach Leipzig abgehender Arbeiterzug wieder regelmäßig an allen Werktagen verkehren. Der Bwenau-Leipziger Arbeiterzug dagegen wird und zwar mit Abfahrt 4 Uhr 56 Min. früh ab Bwenau erst eine Woche später, vom 23. März ab, wieder eingerichtet.

Falsche Zwanzigmarkstücke sind im Umlauf. Sie tragen die Jahreszahl 1894 sowie das Münzzeichen E und sind mit Bronze überzogen. Auch falsche Fünfmarkstücke kursieren noch immer. Sie tragen die Jahreszahl 1875 und das Münzzeichen B, sind aus Zinn und Blei gegossen und gut ausgeführt, doch fehlt ihnen die Randchrift.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Mitgeteilt vom Patentbüro des Ingenieurs Ed. Breslauer, Goethestraße 1 vom 1. April: Goethestraße 7). Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 5. Mai Einspruch erhoben werden. Kl. 26. Gasbereitung: Hugo Schneider, L.-Reudnitz, Herstellung von mit gegen Wasser indifferenten Stoffen imprägiertem Calciumkarbid. Kl. 42. Instrumente: Theodor Böhni, Dresden, Verfahren zur Herstellung graphischer Tabellen. Kl. 51. Musikalische Instrumente: Reinhold Leonhardt, L.-Gutmann, Zwischen-Dämpfung für mechanische Musikwerke. — Paul Voehmann, L.-Gohlis, Tonenzeuger f. Windinstrumente. Kl. 76. Spinnerei: J. C. Voehle, Werbau, Krempel. Kl. 88. Uhren: L. Braun, Dresden, Magnetische Taschenenuhr mit Abschaltung.

Ein fonderbares Nachtquartier. Bei einem Patrouillengange vernahm ein Schuhmann während der Nacht im Johanna-Viertel lautest Schnarchen. Nach Absuchen der Bänke entdeckte er endlich auf dem starken Ast eines Baumes einen Obdachlosen, dem er alsbald ein sicherer Quartier verschaffte.

Das Hochwasser hat gestern vormittag hier seinen Gipfel-Punkt erreicht; sowohl die Flüsse, als auch die Flutkanäle sind mit Wasser gefüllt. Der neue Flutdamm, der das Terrain der Ausstellung vor Überschwemmung schützt, hat sich sehr gut bewährt. Nach einem gestern vom Oberlaufe der Elster eingegangenen Telegramm ist das Wasser wieder im Fallen begriffen.

Baumsturz. In der Nacht vom 5. zum 6. März sind auf dem von Wahren nach Deutscher führenden Wege innerhalb des Gußbezirkes Wahren von rückloser Hand 15 Stück junge Bäume samt Pfählen umgebrochen worden. Behufs Errichtung des Thüters wird demjenigen, durch dessen Anzeige es gelingt, den Freveler zur gerichtlichen Bestrafung zu ziehen, eine Geldbelohnung bis zu 30 Mark aus Bezirksmitteln angekündigt.

Arbeiterrisiko. In einem Grundstück der Eisenbahnstraße in Neustadt erlitt bei einer Carambolage zweier leerer Lastwagen der eine Kutschereiniger schwere Kontusionen, der andere geriet unter die Pferde und wurde von diesen verletzt. Beide Verunglückte kamen ins Krankenhaus. — Bei einem Abbruch eines Grundstückes in der Weststraße wurde gestern ein 46 Jahre alter Mann verhüttet und schwer verletzt aus dem Trümmernez gezogen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in den gestrigen Abendstunden in einem Grundstück der Sternwartenstraße. Beim Herauslassen zu einem Fenster verlor die Tochter eines Arbeiters das Gleichgewicht und stürzte zwei Etagen hoch in den Hof hinab. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß Kind am Leben zu erhalten. — Ein anderer Unglücksfall ereignete sich in der Grimmaischen Straße, wo eine ältere Frau in dem

Augenblick zu Hause kam, als ein Pkw die Straße passierte, so daß sie unter die Räder geriet. Sie kam ins Krankenhaus.

Blödlicher Tod. In seiner Wohnung in der Seeburgstraße wurde am Dienstag nachmittag ein 48 Jahre alter, lediger Kaufmann tot aufgefunden. Ein hinzugezogener Arzt konstatierte Tod infolge Schlaganfalls.

Ein Wechselsäfischer wurde am Dienstag abend auf dem hiesigen Magdeburger Bahnhof in der Person eines früheren Gutsbesitzers aus Koszna verhaftet. Er hatte gefälschte Wechsel in Höhe von über 1000 M. ausgegeben.

Eigentumsvergehen. Eine 22 Jahre alte, bereits vorbestrafte, Kellnerin aus Plauen bei Dresden entwendete hier ihrer Eigentümerin das Sparfassenbuch und hob ohne dabei Vorwissen die gesamten Erfassungen nach und nach ab. Ferner stahl sie noch eine goldene Damenuhr mit Ketten, um dann zu verschwinden. Die Diebin wurde aber ermittelt und gestern verhaftet. — In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. wurde im Rayon des Bayerischen Bahnhofs von einem Pkw ein Ballen, gez. P. 261, in dem sich Herrenstoffe im Wert von 100 Mark befanden, gestohlen.

Feuerbericht. In der Berliner Straße brannte gestern ein großer Möbelschuppen teilweise nieder. Ein 19 jähriges Mädchen erlitt schwere Brandwunden. Ferner entstand in der Sidonienstraße ein Essenbrand und in der Großen Fleischergasse ein Gärdenbrand. In allen drei Fällen kam die Feuerwehr in Thätigkeit.

Schönsfeld. Gemeinderatsitzung vom 7. März. Aus der Registreireihe ist ersichtlich, daß die Amtshauptmannschaft eine Verfügung erlassen hat, durch die das öffentliche Aushängen des Verzeichnisses sämtlicher Steuerzahler verboten wird. Hierauf kommt das Protokoll der Baukommission zum Vortrag. Herr Maurermeister: Ohne ist wegen des Verbots der Verwendung von Mauersteinen am Schleusenbau für den Garten- und Weststraße vorstellig geworden und hat um Zurücknahme des Verbotes mit der Begründung erucht, daß andere Steine bei letzterer Jahreszeit nicht zu beziehen seien. Die Kommission sah sich nicht ermächtigt, den Beschluss des Gemeinderats aufzuheben. Es verbleibt bei dem Verbot. Im übrigen werden die Vorschläge der Kommission zum Beschluss erhoben. Weiter kommt das Protokoll der Finanzkommission zum Vortrag; von derselben sind mehrere Steuerfeststellungsbeschlüsse geprüft worden. Die Kommission schlägt vor, das Geschäft des Cigarrenfabrikanten und Villenbesitzers auf sich zu rufen zu lassen, auf die anderen Geschäfte die Gestellung auszusprechen. Dem wird zugestimmt. Eine anonyme Eingabe an die Amtshauptmannschaft, die Erhaltung des Gemeindebrunnens an der Ecke der Haupt- und Südstraße betreffend, wird der Baukommission überwiesen. Ein Geschäft des Herrn Stellmacher Gräfe, um Überlassung eines Platzes in der Sandgrube zur Lagerung von Rohholz, sowie wegen Beschleunigung des Strafverfahrens in der Leipziger Straße zwischen Weststraße und Kohlenweg (Endstation der elektrischen Straßenbahn) wird zur näheren Prüfung der Baukommission überwiesen. Der zweite Nachtrag der Ortsbaudienst wird wegen in Aussicht genommener Veränderung des Bebauungsplanes auf dem unmittelbar angrenzenden Areal zwischen Kohlenweg und Sellerhäuser Weg, ebenfalls der Baukommission überwiesen.

Möckern. (Gemeinderatsitzung vom 6. März.) Es wird Kenntnis von der Verpflichtung des Herrn Kinds als Vollstreckerbeamten durch die Amtshauptmannschaft, geronnen; ferner von dem Beschluss des Rates der Stadt Leipzig, die außergewöhnliche Zuständigkeit des Großwiederholz'schen Tauchaer Weges betrifft, daß die Befürchtung nach der neuen Raserne, über die Breitenfelber Straße in L.-Gohlis verwiesen wird, weiter davon, daß eine Revision der Kasse durch die Finanzkommission stattgefunden hat, bei der alles in vorzüglicher Ordnung vorliegen würde. Die Konfessionsgelinde Schreiber und Haynes wurden vom Bezirksausschuss genehmigt, hingegen die von Bauer und Heine abgelehnt. In Bezug auf ein von der verehrtelten Frau Höhnel eingereichtes Gesuch um Genehmigung zum Obstwinkelshaus wird die Bedürfnisfrage mit 10 gegen 4 Stimmen verneint. Die Gesuche Geißlers und Evers zum Aufstellen eines Karussells bezw. einer Lusttafel werden genehmigt. Da das Mandat des Herrn Möcke als Schulvorstand abgelaufen, macht sich eine Neuwahl nötig und wird der Genannte auf weitere drei Jahre wiedergewählt. Der Verpflichtung der Amtshauptmannschaft, die Steuerrestanten-Aisten nicht mehr in öffentlichen Lokalen auszuhängen, ist entsprochen worden. Eine Differenz zwischen dem städtischen Krankenhaus und den hiesigen Landgemeinden wegen der Aufnahme von Kranken in ersteres, ist dadurch beigelegt worden, daß der von der Gemeinde anzustellende Revisor in Zukunft auch nach Aufnahme derselbst ausgestellt werden kann. Es wird jedoch das Verlangen gestellt, die betreffende Gemeinde innerhalb acht Tagen von der Aufnahme zu benachrichtigen, auch soll von der Ortskasse vier Wochen vor Ablauf ihrer Verpflichtung Anzeige erstattet werden. Der von auswärtigen wohnenden Grundstückseigentümern seit 1884 erhobene Beitrag zur Ortsfeuerlöschkasse ist von der Amtshauptmannschaft als ungerechtfertigt angefochten und die Gemeinde angewiesen worden, die Erhebung einzustellen. Eine diesbezügliche Abänderung des Ortsstatus wird den Wohlfahrts- und Feuerlöschfonds überwiesen. Ein Nachtrag zum Gemeindeanlagen-Katalog ist, nach der das zur Siedlung durch auswärtig wohnende Personen aufgekaufte Grundstück in hiesiger Gemeinde mit dem vollen Ertrag des Einkommens zur Gemeindesteuer herangezogen werden soll, wird zum Beschluss erhoben. Ein Vertrag der Gemeinde mit der Großen Leipziger Straßenbahn wird genehmigt. Zwei Bausachen (Spalholz Wohnhaus und Müllers Restaurationsumbau) werden nach dem Vortrag der Baukommission befürwortet. Infolge der von der Medizinalbehörde zum Schulhausneubau gemachten Einwände sind die Rechnungen abgeändert worden. Es wird noch eine Bestrafung des Feuermanns B. wegen unerheblicher Astra-Verletzung von 10 M. zu 8 M. ermäßigt.

Kautzleberg. Daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Kautzleberg'schen Mühle nicht die glänzendsten sind, kann man aus nächstehendem ersehen: Speicherarbeiter haben eine Arbeitszeit von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr mit je einer halbstündigen Frühstück und Beipause und einer einständigen Mittagspause. Der Lohn beträgt 2,88 M. Die Arbeitszeit wird mitunter noch um 1/2 Stunde ausgedehnt und werden für die Überstunde 80 Pf. gezahlt. Ist der Geschäftsgang etwas flauer wie gewöhnlich, so kommt es vor, daß die Speicherarbeiter tagelang abwechselnd auszusezen müssen. Die Arbeit ist durchgängig sehr anstrengend. — Die Müller haben eine Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Frühstück- und Beipausen gibt es für sie überhaupt nicht. Sie haben einen Lohn von 2,70 M. pro Tag, nur drei Müller erhalten 3 M. pro Tag. Die Müller haben eine Woche um die andere Nachschicht und erst aller vier Wochen einmal haben sie einen vollständig freien Sonntag. An den anderen Sonntagen auch während der Kirchzeit bis mittags zum Bügeleisen angehalten. Unter denselben Verhältnissen schaffen die zwei Heizer. Sie haben dieselbe Arbeitszeit wie die Müller, bei einem Lohn von 2,90 pro Tag.

Auskunftsberatung für gewerbliche Streitigkeiten, - Unfall- und Krankenversicherungswesen.

"Stadt Hannover", Seeburgstr.
Jeden Abend von 7/8-9 Uhr in unentgeltlicher Auskunft für alle Arbeiter und Arbeitgeber.

Litterarisches.

Verzeichnis der eingelaufenen Schriften.

Besprechung der wichtigeren Erscheinungen bleibt vorbehalten.

Intensität der Arbeit, Wert und Preis der Waren von Leo v. Buch. Leipzig, 1896. Verlag von Duncker u. Humblot. 240 S.

Herkules am Scheidewege oder Stöder und die konservative Fraktion von L. Kynabes. Leipzig, 1896, bei R. Werther.

Die Nürnberger Bleistift-Industrie und ihre Arbeiter von Dr. G. Schwahnäuer. Nürnberg, 1895, bei Schrag.

Die Röntgen'sche Entdeckung. Berlin, 1896. Hans Baale.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 3491/92: John Stuart Mill, Über Freiheit. Nr. 3493: Rudolf Herzig, Der christliche Name. Drama in vier Aufzügen. Nr. 3494/95: Otto Ludwig, Zwischen Himmel u. Erde, Roman. Nr. 3496: Ottos Stoff, Heinzelmännchen, Lustspiel in einem Aufzug. Nr. 3497: Meister-Biographien. 19. Band: Händel. Nr. 3498: Heinrich Janisch, Prinzessin Hirschkuh, Ausstattungs-Feeerie. Nr. 3499: Martin Behrndt, Gedanken aus dem Künstlerleben. Nr. 3500: Julius Grothe, Aus den Novellen des Architekten.

Der sozialistische Akademiker. 2. Jahrg. Nr. 3. Märzheft. Deutsche Worte. XVI. Jahrgang, 1896. 2. Heft.

Die Grenzboten. 55. Jahrgang. Nr. 9 vom 27. Februar 1896. Nr. 10.

Die Zeit. VI. Band. Nr. 78 vom 22. Februar 1896.

Die Zukunft. IV. Jahrgang. Nr. 22 vom 20. Februar 1896.

Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik. 5. Jahrg. 1896.

Die Neue Zeit. Jahrg. 1895/96. Nr. 22 und 23.

Südböhmischer Postillon. 1896. XV. Jahrg. Nr. 325.

Le Devenir Social. 2. Jahrgang. Nr. 2. Februar 1896.

Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. 6. Jahrgang. Nr. 5.

Soziale Praxis. 5. Jahrgang. Nr. 23.

Der wahre Jakob. Nr. 251. 1896.

Hochwasser.

Weihensels, 12. März. Der Wasserstand der Saale beträgt 8,60 Meter. Ober- und unterhalb Weihensels sind weite Thäler überschwemmt. Das Wasser steigt anhaltend.

Köln, 12. März. Der Wasserstand des Rheins betrug heute vormittag 7,20 Meter. Das Wasser steigt langsam und ist über den Quai bis zur festen Brücke getreten.

Koblenz, 12. März. Heute vormittag betrug der Wasserstand 6,75 Meter. Hier sowohl als in Mannheim steigt das Wasser weiter. Bei Trier war der Wasserstand der Mosel heute vormittag 5,20 Meter. Seit gestern vormittag ist das Wasser um 80 Centimeter gefallen.

Mannheim, 12. März. In der gestrigen Bürger-Ausschusssitzung wurde die von dem Stadtrate beantragte Summe von 10000 Mark zur Unterstützung der durch das Hochwasser geschädigten, einstimmig bewilligt.

Von Nah und Fern.

Berlin, 12. März. Einen Neubauvorschlag gegen seine Schwiegereltern verübte gestern im Hause Königsberger Straße 10 der beim Postamt auf dem Schlesischen Bahnhofe angestellte, 24 Jahre alte Posthilfsbote Georg Mai, der bei der That von seinem erst 15 Jahre alten Bruder Otto und einem unbekannten Freunde unterstellt wurde. Die Verleugnung der beiden alten Leute erscheint glücklicherweise nicht gefährlich.

Köln, 11. März. (Abends 7 Uhr.) Das Hochwasser des Rheins steigt weiter und wählt stündlich um 5 Centimeter. Der Pegelstand hier selbst ist gegenwärtig 6,80 Meter. Von Oberheim und von der Mosel wird weiteres Steigen gemeldet. Hier herrscht Regenwetter.

Würzburg, 10. März. Vor dem hiesigen Schwurgericht gelangte heute die Anklage gegen den nationalliberalen Rechtsanwalt Dr. Ludwig Joseph aus Frankfurt a. M. wegen Sillenheitsverbrechen zur Verhandlung. Die Anklage ist erfolgt auf Grund der §§ 176 und 177 des N.Sch.G.B. Der Angeklagte war im vergangenen Jahr als Reserveoffizier im 6. bayer. Infanterie-Regiment zum Herbstmanöver eingezogen. Am 20. September suchte er Quartier im Hause des Müller Leo Kneisel. Dabei soll er gegen die 23jährige Tochter einen Notzuchtsversuch verübt haben. Am 10. Dezember erfolgte durch den Bräutigam eine Anzeige gegen ihn beim Militärgericht, daß die Sache an die Staatsanwaltschaft verwies. Am 18. Jan. 1896 wurde Dr. Joseph auf Anordnung des Untersuchungsrichters am Landgericht Aschaffenburg in Haft genommen; sein Antrag, ihn gegen Haft aus der Haft zu entlassen, wurde wiederholt abgelehnt, obgleich nach dem Ergebnis der heutigen Verhandlung der Untersuchungsrichter selbst bereit gewesen wäre, Dr. Joseph frei zu lassen. Der Angeklagte schildert den Vorfall ausführlich, jede Schuld entschieden bestreitet. Einen Widerstand des Mädchens habe er nicht im geringsten wahrgenommen. Die Hauptbelastungszeugin erklärte in Übereinstimmung mit ihrer eidlichen Angabe vor dem Untersuchungsrichter, sie sei mit dem unter Anklage gestellten Vorgehen Joseph nicht einverstanden gewesen, aber sie sei so bestürzt gewesen, daß ihre Thatkraft völlig gelähmt war. Sie habe auch nicht schreien können. Einige Äußerungen, die sie gegen den Angeklagten während des Vorgangs gemacht, stellt sie nicht in Abrede, ebenso giebt sie die Möglichkeit zu, daß Joseph ihre durch die Bestürzung herbeigeführte Willenslosigkeit als Einwilligung angesehen habe. Aus dem weiteren Verlauf der Handlung ist besonders die Verneinung der vier, von Verteidigung und Staatsanwaltschaft geladenen Sachverständigen hervorzuheben. Professor Dr. Neubold, Privatdozent Dr. Seiffert, Hofrat Dr. Oppenheimer und Landgerichtsrath Dr. Roth. Sie stimmen darin überein, der Schreit habe die Hauptzeugin nicht am Schreien hindern können; nach der Art des Vorgangs hätte es zum Teil ihrer aktiven Mitwirkung bedurft. Der Bräutigam des Fräuleins, der die Anzeige erstattete, erklärte, er und seine Braut waren mit einer persönlichen Bitte um Verzeihung zufrieden gewesen. Der Verteidiger Sauer erwiderte, der Angeklagte

